

G8 und die militanten Kämpfe in Rostock im Juni 2007

- **Das Schlagwort vom „Neoliberalismus“**
- **Das Geschwätz von der „Globalisierung“**
- **Warum die militanten Kämpfe in Rostock vom 2. Juni einiges zur Klärung beitragen**
- **Über die sogenannte „Gewaltfrage“**

INHALTSVERZEICHNIS

Das Schlagwort vom „Neoliberalismus“	3
Das Schlagwort vom „Neoliberalismus“ verschleiert die Verstärkung des bürgerlichen Staatsapparats und die verschärfte Faschisierung!	3
Das Geschwätz von der „Globalisierung“	9
Das Schlagwort von der „Globalisierung“ verschleiert die Existenz und die Kriegsvorbereitung des deutschen Imperialismus	9
ANMERKUNG	14
Neoliberale Maßnahmen? – Faschisierung!	14
Warum die militanten Kämpfe in Rostock vom 2. Juni einiges zur Klärung beitragen	15
Ein Beitrag zur Debatte über die Vorgänge in Rostock und danach	15
ANMERKUNG	20
Wie die großen und kleinen Fürsten verschiedenster „Protest“-Organisationen ihre Hüllen fallen ließen	20
Über die sogenannte „Gewaltfrage“	21
Eine notwendige Diskussion	21
Der Begriff der „Gewalt“	21
Wie die Bourgeoisie „Gewaltlosigkeit“ heuchelt	23
Zwei mögliche Einwände	24
Die befreiende Rolle revolutionärer Gewalt	25
Die Frage revolutionärer Gewalt nach der proletarischen Revolution	26
ANMERKUNGEN	28
1. Studiert den wissenschaftlichen Kommunismus zur Rolle der Gewalt in der Geschichte	28
2. Der wissenschaftliche Kommunismus über die revolutionäre Gewalt	29
3. Gewalt allein ist kein Kriterium	31
ANHANG	33
Wie konnten die Revisionisten in der sozialistischen Sowjetunion die Macht in der Kommunistischen Partei erlangen und den Kapitalismus restaurieren?	33

Das Schlagwort vom „Neoliberalismus“

Das Schlagwort vom „Neoliberalismus“ verschleiert die Verstärkung des bürgerlichen Staatsapparats und die verschärfte Faschisierung!

Keiner weiß so genau, wer diesen merkwürdigen Begriff des „Neoliberalismus“ geschaffen hat und seit wann er so richtig in der sich als links versteckenden Bewegung an Boden gewonnen hat. Heute ist er in aller Munde, obwohl niemand genau sagen kann, was damit gemeint ist. Für die Lage in Deutschland geht es grob gesagt um den Abbau vor allem staatlich verankerter sozialer Rechte. Dagegen wird die apologetische Parole „Verteidigt den Sozialstaat“ gesetzt.

International geht es beim „Neoliberalismus“ (oft eng verbunden mit dem Begriff der „Globalisierung“) um die Vorstellung, dass ein „internationaler Kapitalismus“ die Rolle „nationaler Staaten“ angeblich immer mehr zurückdrängt.

Hinter dem Streit um Begriffe steckt mehr als nur Wortklauberei. Es geht um Ideologie, um die Verfälschung der Realität durch Halbwahrheiten, um letztlich sehr alte bürgerliche Theorien – mit neuen Schlagworten garniert. Nachfolgend soll zunächst in einem ersten Teil in Thesen dem Gerede vom „Neoliberalismus“ im Hinblick auf die Lage in Deutschland entgegengetreten werden: Im nächsten Flugblatt werden wir im Hinblick auf internationale Fragen dem Gerede von „Neoliberalismus und Globalisierung“ entgegentreten. (Siehe S. 9 ff.)

* * *

Unstrittig ist, dass aktuell die Kapitalistenklasse in Deutschland zu einer sich verschärfenden Offensive gegen die Arbeiterklasse angetreten ist, sich die Lage der Masse der Werktätigen Stück für Stück verschlechtert. Die Gründe dafür, dass die Kapitalistenklasse zumindest teilweise auf reformistisches Geschwätz vom „Sozialstaat“ verzichten kann, finden sich teilweise in der aktuellen Situation, sind aber tiefer gesehen nur im Zusammenhang mit der geschichtlichen Entwicklung des Kapitalismus und der Geschichte der Klassenkämpfe zu verstehen.

I.

1. Seit Beginn des Kapitalismus werden die Verteidiger des kapitalistischen Systems nicht müde, den durch die Französische Revolution populär gewordenen Begriff der Freiheit als das herrlichste Merkmal des Kapitalismus zu verkaufen. Kapitalismus sei eben Liberalismus, so heißt es. Marx stellte gegen diese Formel die Gegenthese auf: Die Lösung von Freiheit und Gleichheit ist verlogen, in Wirklichkeit dient diese Lösung der Verschleierung der Ausbeutung, der Lohnsklaverei. Die Anfänge des Kapitalismus – seine Entstehung und sein Wachstum waren gekennzeichnet durch die blutige Unterdrückung vor allem der nichteuropäischen Völker, extreme Armut, Kinderarbeit und Elend der arbeitenden Klasse (was Marx die ursprüngliche Akkumulation nannte) – waren alles andere als liberal, versteht man darunter nicht die unbegrenzte Freiheit der Kapitalisten.

Es war der Kampf der Arbeiterklasse, der, ohne zunächst das System als Ganzes in Frage zu stellen, **in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts den Staat der Kapitalisten zwang, gesetzlich einige besonders extreme und zugespitzte Formen der Ausbeutung einzuschränken**. Das Verbot der Prügelstrafe, das Verbot der Kinderarbeit und der gigantische Kampf um den Achtstundentag waren Meilensteine in diesem Kampf. Der Staat der Kapitalisten musste teilweise zurückweichen, seine Ideologen erwiesen sich in dieser geschichtlichen Situation als Meister des Betrugs: Ihrem guten Herzen sei es zu verdanken, ihrer Liebe zur Menschheit sei es geschuldet, dass diese oder jene Verbesserung nun vom Staat offiziell versprochen worden sei.

2. Das war eine gigantische Lüge, die bis heute wirkt. Das Märchen vom „Sozialstaat“ dient dazu, um innerhalb der Arbeiterbewegung vor allem die angeblich „gute Moral“ der herrschenden Klasse besser verkaufen zu können und den Kampf der Arbeiterklasse vom Kampf gegen das Lohnsystem, gegen den Kapitalismus abzulenken, auf Appelle und fromme Wünsche an die Kapitalistenklasse. Die Behauptung des Liberalismus, auch für die Zeitspanne des Beginns des Kapitalismus, war von Anfang an eine Verschleierung des tiefen Antagonismus zwischen der Arbeiterklasse und der Kapitalistenklasse, mit dem Ziel, den Kampfwillen der Arbeiterklasse zu brechen und vom Kampf für die Vernichtung des Kapitalismus auf kleine Reformen abzulenken.

3. Das gigantische Anwachsen der Arbeiterbewegung in den gut hundert Jahren, seitdem das „Manifest der Kommunistischen Partei“ geschrieben wurde, das für den Kapitalismus bedrohliche Anwachsen der Kommunistischen Parteien seit dem Sieg der sozialistischen Oktoberrevolution in Russland 1917 und dem Sieg einer Reihe von Revolutionen unter der Führung Kommunistischer Parteien in vielen Ländern nach 1945 ließ die Alarmglocken der Kapitalistenklasse schrillen. Die Parole der Verstaatlichung war so verbreitet, die Logik des Kapitalismus so diskreditiert, dass die Kapitalistenklasse, um nicht weggefegt zu werden, nun selbst die Parole der „Verstaatlichung“ ausgab und unter dem Druck des Kampfs der Arbeiterklasse eine ganze Reihe von Schutzbestimmungen für die Arbeiterklasse gesetzlich festschrieb.

Auch hier feierten die Kapitalisten diese Errungenschaften der Arbeiterklasse wieder als Ergebnis ihrer großen Moralität, ihres Verständnisses für die Nöte der arbeitenden Klasse usw. **Die verstaatlichten Betriebe aber blieben Betriebe der Kapitalistenklasse, denn es waren kapitalistische Staaten**. Die vage Vorstellung, dass das Privateigentum an den Produktionsmitteln historisch überlebt ist und vernichtet werden muss, wurde umgefälscht in die Ideologie, dass nun der „Sozialstaat“ existiere, der gegen einzelne, angeblich unvernünftige Vertreter der Kapitalistenklasse gehegt, gepflegt und verteidigt werden müsse.

4. Bekanntlich gelang den Kapitalistenklassen in den letzten Jahrzehnten, die Kommunistischen Parteien und die sozialistischen Staaten von innen heraus auszuholen und in Karikaturen ihres Anspruchs zu verwandeln. **Die gewaltigen Nie-**

derlagen der internationalen Arbeiterbewegung in den letzten fünfzig Jahren
(Die Restauration des Kapitalismus in der Sowjetunion und den meisten osteuropäischen Ländern nach dem 20. Parteitag der KPdSU 1956, der Farbwechsel des sozialistischen Chinas Mitte der 70er Jahre und kurze Zeit später des sozialistischen Albaniens, um nur die wichtigsten Niederlagen kurz zu benennen), der propagandistisch ausgenutzte Zusammenbruch der polizeistaatlichen und kapitalistisch agierenden Staaten der Sowjetunion und der Länder Osteuropas Anfang der 90er Jahre, die sich Jahrzehnte „sozialistisch“ nannten, schuf tatsächlich in gewisser Weise neue Aspekte, selbst die sozialistischen Hüllen wurden beseitigt.

Die Kapitalistenklassen aller Länder spürten noch weniger den Druck einer sie bedrohenden Arbeiterbewegung und zogen auf allen Gebieten die Schrauben an.

II.

5. So ist in der Tat die Lage heute in Deutschland davon gekennzeichnet, dass gewisse Errungenschaften der Kämpfe der Arbeiterklasse ohne eine wirkliche Bedrohung der Kapitalistenklasse durch eine massiv kämpfende Arbeiterbewegung heute Stück für Stück abgebaut werden. Der größte Einschnitt war vielleicht die Schaffung des Projekts „Hartz I–IV“, weitere Schritte wie die Verlängerung des Arbeitstages, die Aufhebung des Kündigungsschutzes usw. sind real in Angriff genommen worden. Dort, wo es keinen massiven Kampf gegen diese Entwicklung geben wird, werden all diese Pläne zur verschärften Ausbeutung auch realisiert werden. Aber was hat das mit dem Begriff des „Neoliberalismus“ zu tun? Wieso wird diese Politik der verschärften Ausbeutung als „neoliberalistisch“ bezeichnet?

6. Unserer Meinung nach treffen beide Teile des Begriffs „Neoliberalismus“ nicht den Punkt. Was hier geschieht, ist weder „neo“, noch „liberal“. Es ist nichts Neues, dass die Kapitalistenklasse dort, wo sie keinen Widerstand spürt, die Ausbeutung verschärft. Das liegt im System des Kapitalismus begründet, es entspricht seinem Wesen, Profit zu maximieren, und das geht im Innern nur durch die Verschärfung der Ausbeutung. Betrachtet man die Geschichte der Arbeiterbewegung in Deutschland genauer, dann hat es immer ein Auf und Ab gegeben, je nach dem Stand der Stärke der Arbeiterklasse, wobei das Ausmaß der staatlichen Unterdrückung eine gewichtige Rolle gespielt hat. Der Begriff „neu“ stimmt also einerseits immer (jeder Tag ist neu), andererseits stimmt er überhaupt nicht, weil die ständigen Aktionen zur Verschärfung der Ausbeutung nun wahrlich nichts Neues sind. Gravierender ist jedoch der Unsinn, die heutige Situation mit dem Begriff „liberal“ zu kennzeichnen.

7. Der „Liberalismus“ als ideologisches System benutzt bewusst und planmäßig die Verwischung verschiedener Ebenen. Liberal sein, also freiheitlich, kann auch auf kulturellem Gebiet etwas ganz anderes bedeuten, als auf politischem Gebiet und als auf wirtschaftlichem Gebiet. Der klassische „Liberalismus“ wollte die Rolle des Staates auf ein Minimum reduzieren, den Staat aus religiösen, kulturellen

und wirtschaftlichen Angelegenheiten heraus halten und auf seine eigentliche Funktion konzentrieren: Armee, Polizei und Justiz.

Was aber geschieht heute, entgegen der idiotischen These vom „Neoliberalismus“? Auf allen Gebieten wird die Rolle des Staates ausgebaut. „Hartz I–IV“ ist ein gewaltiger staatlicher Eingriff, der Abbau sozialer Errungenschaften wird staatlich organisiert und durchgesetzt und auch auf kulturellem Gebiet direkt und indirekt, mal offen, mal versteckt, die zentralstaatliche Lenkung insbesondere von Fernsehen und Presse forciert. Vor allem aber wird die offen unterdrückerische Seite des Staates, der Polizei- und Armeeapparat, die zentralstaatliche Erfassung und Überwachung in gewaltigen Schritten ausgebaut. Es ist wirklich absurd, einen Zustand, der nur als zunehmende Faschisierung des Staates gekennzeichnet werden kann, mit dem Begriff des „Neoliberalismus“ zu charakterisieren.

8. Es ist wahr, wenn die Theoretiker des „Neoliberalismus“ darauf verweisen, dass bestimmte Bereiche des Staates „privatisiert“ werden, seien es Post und Telekommunikation, seien es Verkehrsmittel. Auch Bereiche der Bildung werden im Zuge der Verschärfung der Ausbeutung aus kapitalistischem Kalkül heraus verkauft, um Massenentlassungen und Sozialabbau reibungsloser durchsetzen zu können. Doch was besagt das? Entscheidend ist doch hier, das erkämpfte Schutzfunktionen beseitigt werden und die lohnabhängig Beschäftigten in den noch existierenden staatlich-kapitalistischen Großbetrieben mit der Androhung der Privatisierung eingeschüchtert werden sollen. Es ist im Grunde der selbe Prozess, wie den Arbeiterinnen und Arbeitern einzelner Großbetrieben damit gedroht wird, den Betrieb zu schließen und den „Standort“ zu wechseln, wenn sie nicht auf Lohn verzichten und länger arbeiten. Was daran „liberal“ sein soll, bleibt das Geheimnis der Theoretiker des „Neoliberalismus“.

III.

9. Die Theoretiker des „Neoliberalismus“ haben Namen und Adressen. Abgesehen von jenen, die mehr oder minder unbedacht den Begriff des „Neoliberalismus“ übernehmen, weil er eben gerade modern ist, zu linkem Gerede dazu gehört, gibt es organisierte Abteilungen der Kapitalistenklasse, die mit einem ganzen System von Vorstellungen die notwendigen Kämpfe der Arbeiterklasse desorientieren wollen: das sind vor allem die mit der Gewerkschaftsführung verbundenen Teile der Sozialdemokratie, ein Großteil der Funktionäre der Gewerkschaften und nicht zuletzt Parteien, die Linkspartei-PDS, die WASG, die DKP, aber auch Organisationen wie attac. Beim Kampf gegen diese Kräfte gilt es, präzise und treffend vorzugehen. Es geht nicht um jene Teilbereiche, in denen diese Ideologen diese oder jene Erscheinung der Ausbeutung zurecht anprangern, um Autorität in Kämpfen der von verschärfter Ausbeutung Betroffenen zu erwerben. Der springende Punkt ist das „positive Programm“ dieser Gruppierungen, die zusammengefasst werden kann unter der Überschrift „Illusionen in den Sozialstaat“, „Illusionen in die Reformierbarkeit des Kapitalismus“.

10. Im Grunde handelt es sich um eine ausgesprochen **reaktionäre Verklärung der Rolle des Staates in doppelter Hinsicht**. Zum einen im Hinblick auf die Vergangenheit, als wäre der bisherige Staat ein Produkt großer Vernunft der herrschenden Klasse, der nun aus ganz unvernünftigen Gründen verändert werden soll. Zum anderen wird suggeriert, dass dieser oder jener Erfolg gegen den Abbau sozialer Rechte das eigentliche Ziel der Kämpfe sein müsse. Die alte Lösung der Arbeiterbewegung, dass **die Befreiung der Arbeiterklasse nur das Werk der Arbeiterklasse selbst sein kann**, wird mit Füßen getreten, wird mit Appellen an die Vernunft der herrschenden Klasse und mit der Parole der „Verteidigung des Sozialstaats“ ad absurdum geführt. **Die kämpfenden Arbeiterinnen und Arbeiter und die kämpfenden Jugendlichen sollen emotional an diesen Staat gebunden werden**, sollen an ein System des regulierten Kapitalismus heran geführt, ihrem Kampf soll die Spitze genommen werden. Unter Überschriften der Art „Wie den Neoliberalismus überwinden?“ werden die uralten Rezepte einer angeblichen Zähmung des Kapitalismus durch Ausbau des Staates propagiert. Der „starke Staat“, „Vater Staat“, soll es richten.

* * *

Was ganz im Gegensatz zu diesen prokapitalistischen Abteilungen nötig ist, kann wie folgt beschrieben werden: die Verteidigung sozialer Rechte, auch wenn sie staatlich festgeschrieben sind, muss als Kampf gegen die Verschärfung der Ausbeutung voran getrieben werden. Vergangene Erfolge und auch gegenwärtige Erfolge in solchen Kämpfen sind Erfolge des Kampfes der Arbeiterinnen und Arbeiter und keinesfalls Siege der Vernunft der herrschenden Klasse. Diese Erfolge ändern nichts an der entscheidenden Funktion dieses Staates, das kapitalistische System zu sichern.

In diesen Kämpfen geht es für die am Kommunismus orientierten Kräfte darum, Illusionen in den kapitalistischen Staat und das kapitalistische System zu bekämpfen, die Frage der notwendigen Vernichtung des Kapitalismus, die Beseitigung des Privateigentums an den Produktionsmitteln als Kampf gegen den politischen Feind, diesen Staat, immer und immer wieder aufzuwerfen. Dabei muss gleichzeitig die Faschisierung dieses Staatsapparates, der Einsatz von Polizei und Justiz bis hin zum geplanten Einsatz der Bundeswehr gegen die kämpfende Arbeiterklasse entlarvt werden, um bis in den letzten Winkel jegliche Illusionen in diesen Staat zu zerschlagen.

Der Kapitalismus kann jedoch nur wirklich vernichtet und eine Welt ohne Ausbeutung, Klassen, Staat und jeglicher Form von Unterdrückung – die Welt des Kommunismus – kann nur aufgebaut werden, wenn die Arbeiterklasse und ihre Verbündeten in jedem Land zunächst „ihren“ bürgerlichen Staatsapparat im bewaffneten Kampf von oben bis unten zerschlägt und zunächst ihren eigenen, revolutionären Staat aufbaut, die Diktatur des Proletariats. Die Diktatur des Proletariats unterdrückt die gestürzten Ausbeuter und ihre Lakaien, die mit allen Mitteln versuchen werden ihr verlorenes Ausbeuterparadies wiederzugewinnen und sichert die sozialistische Demokratie, also wirkliche Demokratie für die breiten Massen der

ehemals ausgebeuteten Werktägigen, sie ist also Voraussetzung, um überhaupt den Aufbau des Sozialismus und dann des Kommunismus erkämpfen zu können!

(GDS Flugblatt 4/07 vom April 2007)

Das Geschwätz von der „Globalisierung“

Das Schlagwort von der „Globalisierung“ verschleiert die Existenz und die Kriegsvorbereitung des deutschen Imperialismus

Es gibt Begriffe, die in einem derartigen Umfang und mit einer derartigen Häufigkeit benutzt werden und präsent sind, von allen Seiten ins Feld geführt, gebogen und verbogen werden, dass sie nachher schließlich nichts mehr bzw. alles oder nichts bedeuten. Manager des Kapitals, ebenso wie Gewerkschaftsfunktionäre, Nazis und sich als „links“ verstehende Organisationen – sie alle reden über die Gefahren der „Globalisierung“ und schlagen ihrer Position entsprechend Maßnahmen dagegen vor.

Der nichtssagende Begriff „Globalisierung“ bedeutet eigentlich zunächst nur „weltweit“, „international“ – also wahrlich nichts Neues. Aber hinter dem mit wichtiger Miene vorgetragenen Begriff der „Globalisierung“ stecken bestimmte grundfalsche Vorstellungen, die im einzelnen schwer zu greifen sind. Bei allen zu behandelnden Unterschieden – von der Benutzung durch die Nazis bis hinein in das Umfeld von attac – ist eins klar: Das Geschwätz von der „Globalisierung“ klammert den deutschen Imperialismus zunächst aus, ja benutzt im Grunde das Gerede vom „Kampf gegen die Globalisierung“, um Stück für Stück die Stärkung des eigenen Staates, die Stärkung der eigenen Armee, eben die Stärkung des deutschen Imperialismus zunächst vor allem ideologisch und politisch zu betreiben, um Stück für Stück nicht nur vom deutschen Imperialismus und seinen Kriegsvorbereitungen abzulenken, sondern selbst daran mitzuarbeiten.

* * *

1. Die Nazis werden an diesem 2. Juni in Schwerin „gegen Globalisierung“, ja sogar „gegen den Kapitalismus“ demonstrieren. Es macht keinen Sinn, andere Gegner der „Globalisierung“ wegen der Ähnlichkeit der Parolen mit den Nazis moralisch auf eine Stufe zu stellen. Nichtsdestotrotz sind wir der Meinung, dass die zunehmende Übereinstimmung von Nazi-Parolen mit den Parolen der primitiven Globalisierungsgegner von „links“ kein Zufall ist. Denn die gemeinsame ideologische Basis ist Nationalismus in verschiedenen Ausprägungen. Um in Diskussionen mit den Gegnerinnen und Gegnern des G8-Gipfels fundiert mit Argumenten eingreifen, um den ehrlich über den Weltimperialismus empörten Teilnehmerinnen und Teilnehmern der Anti-G8-Demonstrationen wenigstens Denkanstöße geben zu können, reicht es nicht aus, nur auf diese Übereinstimmungen mit den Nazis zu verweisen. Hier muss tiefgehender der dahinter stehende Fragenkomplex aufgezeigt werden.

2. Dass der Kapitalismus sich weltweit ausdehnt, ist nun wahrlich keine Neuheit. Die Entstehung des Kapitalismus war wesentlich geprägt durch die gigantische Ausbeutung der Völker der damaligen Kolonien und ihre Niedermetzelung in brutalen Kolonialkriegen. Seit 1848 haben die Kommunistinnen und Kommunisten

auch programmatisch festgehalten, dass der Kapitalismus als Wirtschaftssystem mit seinem Überbau und seiner Ideologie die ganze Welt unterwerfen wird. Niemand, auch nicht der reaktionärste Ökonom oder Politiker kann bestreiten, dass Marx und Engels in dieser Hinsicht völlig Recht hatten: Spätestens seit 1900 und dem Ersten Weltkrieg ist die ganze Welt in Einflussphären der großen imperialistischen Mächte aufgeteilt. Der kapitalistische Markt, die Großkonzerne, der Imperialismus hat auch auf die entlegensten Teile der Welt, in denen vielleicht noch mit mittelalterlich-feudalen Mitteln produziert wird, seinen Zugriff und Herrschaftsbereich ausgedehnt. „Globalisierung“ wortwörtlich genommen beschreibt insofern nur die zunehmende weltweite Verstärkung des Kapitalismus.

3. Die technischen Neuerungen der letzten Jahrzehnte, die Beschleunigung des Transports, des Verkehrs und der Kommunikation erleichtern und begünstigen das Tempo und die Ausdehnung der Aktionen auf dem kapitalistischen Weltmarkt. All das ist unstrittig. Aber es ist nicht der springende Punkt. Die Frage ist: Was folgt daraus? Ähnlich wie die Verfechter der These vom „Neoliberalismus“ von einer Schwächung des Staatsapparats ausgehen – entgegen der Realität, wie nicht zuletzt die Polizeiaktionen gegen die G8-Gegnerinnen und Gegner in den letzten Wochen gezeigt haben –, behaupten sich theoretisch gebende „globalisierungskritische“ Schwätzer, dass durch die immer größere Macht der Monopole, die über Staatsgrenzen hinweg fusionieren, kaufen und verkaufen, **angeblich die Rolle der großen Nationalstaaten immer geringer würde** und somit auch, und darauf läuft es ja dann hinaus, **angeblich Kriege zwischen den imperialistischen Großmächten unmöglich und hinfällig würden.**

4. Wer ist der größte Gegner Deutschlands? Ohne Frage die USA. Diese Sichtweise haben nicht nur die Nazis in Schwerin und anderswo, diese Sichtweise ist Kern der Ideologie des deutschen Imperialismus. Die verschiedenen Abteilungen der Ideologen des deutschen Imperialismus arbeiten auch gekonnt in der linken Szene: Unter der Hand wird „Globalisierung“ mit Ausdehnung des US-Imperialismus gleichgesetzt und damit die ganze Kampagne gegen G8 und „Globalisierung“ Stück für Stück in eine Kampagne des deutschen Imperialismus gegen seinen größten und mächtigsten Konkurrenten, den US-Imperialismus, umgedeutet. Es wird sich zeigen, wie weit es den Agenturen des deutschen Imperialismus gelingt, die massenhaften Proteste mehrerer zehntausend Menschen gegen G8 zunehmend in eine reaktionäre Massenbewegung umzufunktionieren. Wir meinen folgendes Szenario: Mit Figuren wie Oskar Lafontaine an der Spitze, mit DGB-Ordnerruppen werden die demokratisch-revolutionären Kräfte aus der Demonstration geprügelt. Sich pazifistisch gebende attac-Schläger, die „Keine Gewalt!“ brüllen, unterstützen die deutsche Polizei, um jeglichen Kampf gegen den deutschen Imperialismus und den deutschen Nationalismus zu verhindern. Wer es nicht glaubt, wird es sehen und spüren.

Die Gefahr, dass die vom Grundtenor her berechtigten Proteste gegen die politischen Vertreter der imperialistischen Großmächte umfunktioniert werden in eine

Massenbewegung nur gegen den US-Imperialismus, ja letztlich für den deutschen Imperialismus, ist greifbar. Die geballte Erfahrung der Abwiegelei, der Einsatz der üblichen pseudolinken Schlagerstars – all dies dient dazu, Erfahrungen zu sammeln, zu erproben und zu üben, wie eine Massenbewegung in pro-deutsch-imperialistische Bahnen gelenkt werden kann.

5. Davon klar zu unterscheiden sind all jene, die mit berechtigter Wut und berechtigtem Hass gegen die politischen Repräsentanten des weltweiten Ausbeutersystems demonstrieren und kämpfen, ohne den deutschen Imperialismus, ohne die Bundeswehr aus der Schusslinie zu nehmen. Aber auch hier wirkt die falsche Vorstellung, dass „Globalisierung“ eine Art Nivellierung zwischen den imperialistischen Großmächten sei. So richtig es ist, alle imperialistischen Großmächte einschließlich des US-Imperialismus, also das ganze imperialistische Weltsystem anzugreifen, die Logik des Kapitalismus anzuprangern und seine Vernichtung zu fordern, steht auch hier die Frage: **Wird der Kampf in Deutschland gegen den deutschen Imperialismus in den Mittelpunkt gestellt oder nicht?**

6. „Globalisierung“ richtig verstanden bedeutet nichts weiter als eine Verschärfung aller imperialistischen Widersprüche in der Welt: Eine Verschärfung der Ausbeutung im „eigenen“ Land mit dem Hinweis auf die imperialistische Konkurrenz, eine Verschärfung der Ausbeutung der Masse der Werktätigen in den unterdrückten Ländern und vor allem auch eine Verschärfung der Konkurrenz zwischen den imperialistischen Großmächten und eine zunehmende Vorbereitung auf Krieg zwischen den imperialistischen Großmächten und sich neu herausbildenden Kriegskoalitionen. Die nächsten Jahrzehnte stehen nicht so sehr im Zeichen friedlicher „feindlicher Übernahmen“ durch Überweisungen und Kompensationsgeschäfte. Die nächsten Jahrzehnte stehen vor allem im Zeichen der fortgesetzten Verschärfung lokaler Kriege und der Mobilmachung des deutschen Imperialismus für große kriegerische Auseinandersetzungen im globalen Maßstab. Das schließt ein, dass die Nationalstaaten aufrüsten, dass der deutsche Imperialismus seine Bundeswehr aufrüstet, in Kampfeinsätzen erprobt und perfektioniert, dass die Massen auf die zu erwartenden kriegerischen Auseinandersetzungen mit dem US-Imperialismus und seinen Koalitionspartnern eingestimmt werden. Unter diesem Gesichtspunkt wird deutlich, wie schädlich und reaktionär Vorstellungen sind, nach denen es bei der „Globalisierung“ lediglich um Massenerwerbslosigkeit und verschärzte Ausbeutung oder gar nur um Fragen der Geldzirkulation geht. Die lächerlichen Gegenkonzeptionen von irgendwelchen Zusatzsteuern für „Spekulationsgewinne“ sind nicht nur in ihrem Reformismus unerträglich, sondern dienen vor allem dazu, die demokratisch-revolutionären Kräfte in Deutschland von der großen politischen Aufgabe abzulenken, den deutschen Imperialismus mit seiner Kriegsvorbereitung zu entlarven und zu bekämpfen.

7. Seit der Kapitalismus sich auf alle Länder ausdehnt, steht als grundlegende Aufgabe, die Losung „Proletarier aller Länder, vereinigt euch!“ zu verwirklichen.

Wer das internationale Kapital, wie es durch den G8-Gipfel repräsentiert wird, bekämpfen will, wird in Richtung dieses internationalen Zusammenschlusses der Ausgebeuteten und Unterdrückten arbeiten und kämpfen müssen. Viele Gegnerinnen und Gegner des Weltimperialismus aus anderen Ländern werden nach Rostock kommen, meist aus europäischen Ländern. Auch hier ist eine Falle aufgestellt, eine **Pervertierung des Internationalismus zur Europäisierung**. Die Gefühle und die Ideen des Internationalismus sollen missbraucht werden, um die europäischen G8-Gegnerinnen und -Gegner mit internationalistischen Phrasen in Wirklichkeit hinter eine Kriegskoalition der europäischen Staaten zu bringen, bei der Deutschland teils schon dominiert, teils dominieren will. Auch hier ist der entscheidende Prüfstein, dass wirklicher Internationalismus sich keinesfalls nur gegen den US-Imperialismus richten kann, sondern einen Zusammenschluss aller Kräfte darstellt, die wissen, dass der Weltimperialismus insgesamt vernichtet werden muss. Bei dieser gemeinsamen Aufgabe müssen die revolutionären Kräfte der imperialistischen Länder vor allem die vom „eigenen“ Imperialismus unterdrückten und ausgebeuteten Völker unterstützen, vor allem ihren „eigenen“ Imperialismus, ihren „eigenen“ Staatsapparat, ihre „eigene“ Armee bekämpfen und letztlich zerschlagen.

8. Die größte Schwäche der ehrlichen Initiativen, Aktionen und Publikationen in Deutschland gegen den G8-Gipfel – das lässt sich klar dokumentieren – ist, dass in **keinem einzigen Aufruf wirklich vom Kampf gegen den deutschen Imperialismus die Rede ist**. Es geht uns dabei nicht nur um den Wortlaut. Es geht uns darum, dass das ganze Geschwätz von der „Globalisierung“ in jede Ritze dringt und eben den doch so deutlich sichtbaren Ausbau des deutschen Kriegs- und Staatsapparats ganz offensichtlich vernebelt. Es soll doch die Sprache gesprochen werden, die jeder spricht, die in der Szene üblich ist, die nicht so auffällt und mehr oder minder bewusst eben die Sache nicht beim Namen nennt. Von „Globalisierung“ schwätzen, das darf jeder, aber wer vom deutschen Imperialismus spricht und ihn angreift... Hier mischt sich der gigantische Erfolg des Antikommunismus mit dem gigantischen Erfolg der PR-Kampagne, was für ein tolles Land Deutschland doch sei. Da passen treffende Begriffe wie „deutscher Imperialismus“ nun einmal ganz und gar nicht, und dieser Zensur unterwerfen sich im Grunde alle, die von „Globalisierung“ schwätzen, statt den deutschen Imperialismus anzugreifen.

9. Es ist gut und nicht schlecht, dass zunehmend in Gruppen, die sich antifaschistisch verstehen oder auch direkt gegen den G8-Gipfel agieren, prinzipiell die Position vertreten wird, dass der Kapitalismus abgeschafft und der Kommunismus errichtet werden muss. In diesen Diskussionen gilt es allerdings, auf zwei Punkte hinzuweisen:

Wenn diese Diskussionen allzu sehr im Allgemeinen verbleiben, wird auch hier und in diesem Zusammenhang die Frage des deutschen Imperialismus ausgeklammert. Man ist radikal gegen den Kapitalismus, radikal für den Kommu-

nismus, aber nicht so radikal, dass man dem „eigenen“ Imperialismus, dem deutschen Imperialismus den Krieg erklärt.

In diesen Debatten fehlt auffälligerweise auch die Frage, wie der Kapitalismus von wem abgeschafft werden soll, was bitte mit dieser „Kleinigkeit“ Bundeswehr geschehen soll, wie nach einer siegreichen Revolution mit den Zehntausenden von Konterrevolutionären umgegangen werden soll, wie die sozialistische Demokratie für die Masse der Werktätigen von den Kräften der Revolution gesichert und geschützt werden soll. Der Kampf für den Kommunismus setzt voraus und erfordert Klarheit über die Frage der Zerschlagung des alten Staatsapparats, über die Frage einer auf sozialistischer Demokratie beruhenden revolutionären Diktatur des Proletariats, über die Frage der organisierten und planmäßigen Leitung der Kämpfe der Masse der Werktätigen in den nächsten Jahrzehnten. Doch all diese zentralen Fragen werden nicht zufällig ausgeklammert. Es sind die Tabuthemen in einer Atmosphäre, die in dieser Hinsicht noch klar vom Antikommunismus und der Feindschaft gegen Marx und Verfälschung von Marx gekennzeichnet ist.

10. Die Protestbewegung gegen den G8-Gipfel in und um Rostock und Heiligen-damm und vor allein die Widerstandshandlungen gegen den staatlichen Repressionsapparat und seinen Hilfstruppen bei DGB und attac werden von allen revolutionären und kommunistischen Kräften unterstützt. Das schließt ein, auf allen Ebenen die Diskussion und die Debatte über Ziele und Wege der sozialistischen Revolution gegen den Kapitalismus auf den deutschen Imperialismus zu konkretisieren, die mit Tabu belegten Themen anzupacken, um langfristig die revolutionären und kommunistischen Kräfte zu bündeln und zu festigen.

ANMERKUNG

Neoliberal Maßnahmen? – Faschisierung!

Am 9.5.2007 wurden bundesweit 40 Wohnungen und Büros von Gegnerinnen und Gegnern des G8-Gipfels durch ca. 900 Polizisten durchsucht. Es wurden Bücher, Dokumente und Computer beschlagnahmt und abtransportiert. Die offizielle „Begründung“ der Polizei-Razzien lautete: „Verdacht auf Bildung einer terroristischen Vereinigung“.

Diese von der Bundesstaatsanwaltschaft und den Innenministerien angeordneten massenhaften Hausdurchsuchungen und die forcierte Propaganda für Vorbeugehaft sind ganz offensichtlich für jeden erkennbare Einschüchterungsmaßnahmen zur Schwächung der militanten Bewegung gegen den G8-Gipfel. Das ungenierte Operieren mit Jahrzehnte alten geheimpolizeilichen Ermittlungsergebnissen wird notwendig eine Diskussion hervorrufen, wie die Vernetzung revolutionärer Kräfte gegen den Überwachungsstaat, gegen den sich faschisierenden Staat erfolgen kann.

Dabei ist es durchaus bemerkenswert, dass die staatlichen Behörden keinerlei nennenswerte Ergebnisse nach den Razzien vorweisen konnten. So sehr hat das Geschwätz über den „Neoliberalismus“ nun doch noch nicht alle Aktivistinnen und Aktivisten gegen den G8-Gipfel eingehüllt, dass sie nicht wüssten, dass dieser Staat der Staat der herrschenden Klasse ist, der immer wenn es ihm nötig erscheint, auf seine eigenen formaljuristischen Regeln pfeift und mehr als genug von Göring und seinen Spießgesellen gelernt hat.

(GDS Flugblatt 5/07 vom Mai 2007)



**Tod dem
deutschen
Imperialismus!**

Gegen die Strömung - Drucker, Herausgeber und verantwortlicher Redakteur: J. Strütt, Canabrücke Str. 28, 10589 Berlin

Aufkleber zu beziehen über: Buchladen Georgi Dimitroff, Speyerer Str. 23,
60327 Frankfurt/Main, Fax 069/730920

Warum die militärischen Kämpfe in Rostock vom 2. Juni einiges zur Klärung beitragen

Ein Beitrag zur Debatte über die Vorgänge in Rostock und danach

Die militärischen Kämpfe in Rostock und die Ereignisse danach haben einiges geklärt:

1. Das bisher größte Polizeiaufgebot (17.000 Polizisten und Spezialeinheiten) in der Geschichte der BRD mit Unterstützung der Bundeswehr (über 2.000 Soldaten, Tornados, Schnellboote, Panzerspähwagen usw.) in Rostock/Heiligendamm markiert eine weitere Etappe der Politik der Faschisierung und war eine unübersehbare polizeistaatliche Demonstration der herrschenden Klasse in Deutschland. Die gewaltige Übermacht prügelnder Polizisten, das Heer von filmenden und fotografierenden Agenten des Überwachungsstaates sollte der ganzen Welt und der Protestbewegung in Deutschland zeigen: Der deutsche Staat hat alles im Griff.

Dabei sollte die Protestbewegung gegen den G8-Gipfel selbst, so der Plan, zu einer Massenbewegung für die aktuelle Politik des deutschen Imperialismus gegenüber seinen Konkurrenten, vor allem dem US-Imperialismus, umfunktioniert werden. Die auf vielfältigen Wegen bestochenen und gekauften, vor Eitelkeit platzen- den, in den Medien gut platzierten Drecksfiguren von attac, Die Linke und Konsorten hatten in den Wochen vor dem Gipfel Oberwasser, fühlten sich wichtig und „dazugehörig“. Mit der Staatsmacht im Rücken erfüllten sie ihre ganz besondere Aufgabe, um zu verhindern, dass sich radikale Kritik am Imperialismus im allgemeinen und an ihren Herren, den deutschen Imperialisten, im besonderen entwickelt.

2. Soweit der Plan. Und doch gelang es durch gute Vorbereitung und bewundernswerte Einmütigkeit einem mehrere tausend umfassenden „roten Kern“ der Protestbewegung, diesen Plan zu durchkreuzen. Bei allen Unklarheiten, Unterschieden und Differenzen war eines klar: Angesichts der Polizeiübermacht, der Bürgerkriegsmanöver und des Terrors der bürgerlichen Medien galt es, zumindest an einem Punkt der Mentalität der Ohnmacht und dem Gejammer „Man kann doch nichts ausrichten, wenn man sich nicht mit Polizei und Medien arrangiert“ klar und deutlich entgegenzutreten.

3. Und dieser Plan hat funktioniert: Genau die Situation ausnutzend, die einen Angriff ermöglichte, wurden das staatsterroristische Polizei-Kordon in Rostock am 2. Juni durchbrochen und offensiv zumindest an einem Punkt Polizeikräfte zurückgeschlagen. Es war der Beweis: Im Kampf gegen den deutschen Imperialismus kann nicht nur Protest, sondern auch Widerstand möglich und erfolgreich sein.

4. Wesentlich war auch folgende Erfahrung: Zehntausende erlebten hautnah die Realität der faschisierten Horden des Staatsapparats und die Lügenmaschinerie der bürgerlichen Medien:

- Repression im Vorfeld, Schikanen, Kontrollen, Misshandlungen, Prügeleien, weit über 1.000 Festnahmen, Inhaftierung in videoüberwachten Käfigen, mehrmonatige Haftstrafen in Schnellgerichtsverfahren usw.,
- bei den bürgerlichen Medien gezielte Falschmeldungen direkt aus der Feder der Polizeileitung übernommen – wie etwa die Meldung von „433 verletzten Polizisten“, die nach dem 2. Juni in der gesamten bürgerlichen Presse lanciert wurde und am Ende stellte sich heraus, dass lediglich zwei im Krankenhaus behandelt wurden, oder die Meldung über angebliche „Säureattacken“ der Clowns Army oder die Meldung von „mit Rasierklingen gespickten Früchten als Wurfgeschosse“, die von BILD bis FR die Runde machte – bis hin zu offenen Drohungen wie etwa die BILD-Schlagzeile vom 4.6.07: „Wollt ihr Tote, ihr Chaos?“.

5. Zehntausende erlebten auch, wie die großen und kleinen Fürsten verschiedenster „Protest“-Organisationen ihre Hülle fallen ließen und nun auf einmal wimmerten und jammerten, dass ihr ganzer schöner Plan nicht funktioniert habe und ihr großer Auftritt verpatzt worden sei.

Wer noch Illusionen in diese Figuren hatte, musste sich eines Besseren belehren lassen. Die Äußerungen dieser Figuren waren nicht mehr zu unterscheiden von der Polizeieinsatzleitung oder den Hetztiraden der BILD-Zeitung. Sie distanzierten sich nicht nur, sondern beschimpften die militanten Gegner des GS-Gipfels als Nazis, Hooligans, Polizeiprovokateure usw. Ja mehr noch: In ihrem Schrecken vergaßen sie ihre auswendig gelernten Drehbuchpassagen und zeigten, was sie wirklich wollen und was sie wirklich sind: **Schläger-Ordnertrupps** – nichts mehr war vom Pseudopazifismus übrig geblieben – gegen linke und militante Kräfte, die zukünftig handfest (sozusagen als Vortrupp der Polizei) von Veranstaltungen und Demonstrationen ferngehalten und entfernt werden sollen. Dieser Punkt wurde also klargestellt. Er lässt sich dokumentieren, beweisen und ist einer der wirklichen Erfolge der militanten Aktionen in Rostock.

6. Dass die ganze behäbige, in einem gewissen Einheitsbrei versauernde Atmosphäre „Wir wollen doch eigentlich alle dasselbe“ durchbrochen wurde, zeigt sich vor allem daran, dass nun ernsthafte und umfangreiche wichtige Diskussionen über die Ziele des Kampfes gegen Kapitalismus und Imperialismus begonnen wurden und weitergeführt werden. In den Mittelpunkt dieser Diskussion wurde und wird auch die Palette der in diesem Kampf durch Zerschlagung zu überwindenden Hindernisse (Bundeswehr, Polizei, bürgerliche Massenmedien, gekaufte Pseudo-linke) gerückt.

7. Gewiss wäre es falsch, diese positiven Seiten der Ereignisse in Rostock und danach in der Freude über die gelungene Aktion und in dem Gefühl, sich wenig-

tens für einige Augenblicke aus der eisernen Umklammerung des faschisierenden Staatsapparats befreit zu haben, zu überschätzen. Aber geradezu katastrophal wäre es, wenn nicht all die positiven Ansätze dokumentiert und damit festgehalten und weiter zur selbstkritischen Diskussion gestellt würden!

* * *

Die Argumentationslinien gegen die Drecksargumente gegen den sogenannten „schwarzen Block“ sind in einer Reihe von Publikationen vorgezeichnet und müssen ausgebaut und gefestigt werden. Daher wollen wir – keinesfalls zufällig, aber doch exemplarisch – Positionen hervorheben, wie sie sich etwa in der Broschüre „protest.widerstand.perspektive – Texte zur Mobilisierung gegen den G8-Gipfel 2007“ oder in der Presseerklärung der antifa (f) finden.

Unabhängig von unseren Differenzen zu manchen Positionen (wir haben unsere Haltung dazu in unseren Flugblättern von April und Mai dargelegt), zeigt sich insbesondere in der Broschüre „protest.widerstand.perspektive“, dass der Sache nach der deutsche Imperialismus aufs Korn genommen wird und Grundfragen einer revolutionären Perspektive wieder einen zentralen Platz innerhalb der Diskussionen einnehmen.

In einem Interview zu Perspektiven militanter politischer Praxis und ihrem Verhältnis zur revolutionären Organisierung wird im Gegensatz zu der reaktionären Behauptung, dass man „keine schlechte Presse“ provozieren dürfe und sich also den bürgerlichen Medien quasi unterordnen müsse, deutlich klargemacht, dass die bürgerlichen Medien ein wichtiger Feind sind, der entlarvt, bekämpft und zerschlagen werden muss. Der Aktivist „Andreas“ führt aus:

„Die bürgerlichen Medien vertreten ein bestimmtes Interesse. Etwa dadurch, dass die Chefredakteure und Vorstände in der Regel selbst Mitglieder in einer Partei sind und auch ihren Posten in vielen Fällen nur durch ihre politische Opportunität bekommen haben. Oder noch konkreter, wenn etwa bedacht wird, dass so gut wie alle Zeitungen von großen Anzeigenkunden abhängig sind.“ (Broschüre „protest.widerstand.perspektive“, S. 39).

Er schlussfolgert:

„Daraus folgt, dass die Linke nicht gut daran tun würde, ihre Praxis danach auszurichten, was danach in den Medien darüber berichtet wird. Dies wäre eine hoffnungslose Herangehensweise und würde den Medien ja noch mehr Macht in die Hand geben, als sie ohnehin schon haben.“ (Ebenda).

Die Frage der Gewalt und ihrer Rolle in der Geschichte wird nicht nur als aktuelle, sondern als grundlegende Frage aufgeworfen:

„Der Kapitalismus ist ein Ausbeutungs- und Unterdrückungsverhältnis, er beruht darauf, dass die herrschende Klasse, diejenigen, die über die Produktionsmittel verfügen, samt ihren Anhängseln die große Mehrheit der Bevölkerung ausbeuten. Diese Ausbeutung kann hier offener und da versteckter ablaufen, sie kann sich verschärfen oder in gewissen Zeiten und an gewissen Stellen etwas

zurückgenommen werden. Immer wenn ein großer Teil der Ausgebeuteten jedoch dieses System in Frage stellt oder auch nur in Teilen sein Interesse gegen das der Ausbeuter durchsetzen will, werden die Herrschenden die Gewalt anwenden, die sie für notwendig halten.“ (Ebenda, S. 42).

Ergänzend erklärte die Aktivistin „Laura“, dass die Frage der Militanz nicht losgelöst von den geschichtlichen Erfahrungen diskutiert werden könne:

„Es gab in der Geschichte schon mehr als genug Beispiele dafür, dass die Revolutionäre schlicht abgeschlachtet wurden, teilweise weil sie den viel besser bewaffneten Söldnern der Herrschenden ausgeliefert waren, teilweise weil sie auf den direkten Kampf nicht ausreichend vorbereitet waren oder falsche Konzeptionen verfolgten. Ob man bis zu den Bauernkriegen zurückgehen will, die Kämpfe in Deutschland zum Beispiel zur Bayerischen Räterepublik 1919 heranzieht, die Erfahrungen mit dem Faschismus in Spanien, Deutschland oder einem der anderen Länder, in Chile mit dem Militärputsch 1973 oder eines der unzähligen weiteren heran nimmt, die zu ziehenden Konsequenzen sind dieselben: Wenn das System der Herrschenden in Gefahr ist, richten sie jederzeit jedes erdenkliche Blutbad an, um sich an der Macht zu halten. Marx hat diese Konsequenz für die Kommunistinnen und Kommunisten einst so formuliert: ‚Die Waffe der Kritik kann die Kritik der Waffen nicht ersetzen.‘ Und Mao hat es so ausgedrückt: ‚Die politische Macht kommt aus den Gewehrläufen.‘ Die quasi endgültigste Form politischer Militanz muss also immer entwickelt und vorbereitet werden, nicht erst, wenn der Zeitpunkt da ist, an dem diese Frage akut wird.“ (Ebenda, S. 35).

Diese Positionierungen vor dem G8-Gipfel zeigen, dass grundlegende Fragen diskutiert wurden und werden. Die Erklärung der Sprecherin der antifa (f) unmittelbar nach dem 2. Juni deuten an, in welche Richtung die Diskussion weitergeführt wird (www.gipfelsoli.org/Texte/2891.html). Es heißt darin einleitend:

„Die Teilnehmerinnen am UmsGanze-Block machten einerseits ihre grundsätzliche Ablehnung des Kapitalismus, andererseits ihre Kritik an den übrigen Bündnissen gegen den G8-Gipfel deutlich. So wurde immer wieder Kritik an der weitverbreiteten Annahme geübt, die G8 seien als ‚Herrschende‘ persönlich für alle Übel dieser Welt verantwortlich – vom religiösen Fundamentalismus bis zum schlechten Wetter. Diese Form der ‚reaktionären Kapitalismuskritik‘ äußerte sich zum Beispiel in antisemitischen oder antiamerikanischen Stereotypen. Zudem wurde gegen die ‚reformistischen Illusionen‘ von attac und co. die Forderung nach einem radikalen Bruch mit den kapitalistischen Verhältnissen und für den Kommunismus geworben.“

Zu den militänten Aktionen in Rostock wird erklärt:

„Die Frage der Gewaltlosigkeit ist im Kapitalismus müßig. Bei der täglichen Gewalt des Kapitalismus, bei Abschiebungen und Ausbeutung, fehlen die Betroffenheitsbekundungen. Die Distanzierungen der Demoleitung und von attac

seien in diesem Zusammenhang bezeichnend: **Wer so am Rockzipfel des staatlichen Gewaltmonopols hängt wie diese NGOs, der kann es natürlich nicht gut finden, wenn Menschen ihre Ablehnung dieser unmenschlichen Verhältnisse so deutlich artikulieren wie gestern in Rostock. Der Versuch, die Proteste durch Integration und Staatstreue mundtot zu machen, sind im Steinhagel vor die Wand gefahren.** Selbstverständlich distanziere sich das UmsGanze-Bündnis nicht von den militärischen Aktionen. Im Übrigen habe sich die Polizei keineswegs zurückgehalten, sondern immer wieder die Kundgebung brutal attackiert. Die Antifa-Sprecherin forderte die sofortige Freilassung aller Gefangenen. Die militärischen Aktionen in Rostock seien ein unmissverständliches Zeichen vieler internationaler Aktivisten gewesen.“

In der Erklärung heißt es weiter: „Denn ein Ende der Gewalt werde es mit dem Kapitalismus nicht geben“ und es wird aufgerufen, sich jetzt von diesem Polizeistaat nicht einschüchtern zu lassen. Nach dem Hinweis, dass sich der Protest „eben nicht an die Straßenverkehrsordnung“ hält wird zu den zynischen attackierenden Phrasen ironisierend vermerkt: „Liebe Polizeibeamten, behindern sie keine antikapitalistischen Aktionen, machen sie sich nicht mit den Gewalttätern in ihren Reihen gemein und distanzieren sie sich vor allen Dingen auch räumlich von diesen Gewaltgeielen.“

Für die weitere Diskussion halten wir die abschließende Bemerkung für wichtig:

„**Grundsätzlich gelte allerdings auch, dass jede symbolische Aktion nur so gut sei, wie die kommunistische Gesellschaftskritik, die dahinter organisiert aufscheine.**“

Wege und Formen zu finden, wie eine solche kommunistische Gesellschaftskritik ausgearbeitet und diskutiert werden kann, ist eine der wichtigsten Konsequenzen nicht nur aus den Aktionen in Rostock, sondern auch aus den danach in vielfältiger Form geführten Debatten.

Unsere Position ist klar: Dabei dürfen die Fragen nicht ausgeklammert werden, wie der Sieg der Revolution errichtet werden kann, was nach einem Sieg der Revolution getan werden muss, um sie gegen die Konterrevolution zu verteidigen, was die wirklichen Merkmale des Sozialismus auf dem Boden einer sozialistischen Demokratie sind, was die wirklichen Merkmale des Kommunismus sind.

ANMERKUNG

Wie die großen und kleinen Fürsten verschiedenster „Protest“-Organisationen ihre Hüllen fallen ließen

Ramelow (Die Linke) auf dem Kirchentag in Köln: „Einerseits war auf dem Kirchentag *scharf getrennt zwischen eindeutig friedlichen und mit Gewalt unklar umgehenden Demonstranten*, denn es gab einfach niemand, der Gewalt als Mittel des Protestes toleriert oder gar gerechtfertigt hätte ... Die Konsequenz aus Rostock muss lauten: Ein anderer Protest ist nötig und möglich. *In Köln wurde gezeigt, wie er im positivsten Sinne schärfer sein kann.*“ (www.bodo-ramelow.de/modules/AMS/print.php?storyid=246).

Peter Wahl (attac) fordert: „dass man im Vorfeld a) politisch noch entschiedener klipp und klar sagt bestimmten Leuten, dass wir sie nicht haben wollen, dass wir sie nicht sehen wollen. Und wir werden zweitens in unseren Demostrukturen dafür sorgen, dass wir *die auch fernhalten können, materiell, nicht nur mit Worten* da etwas tun, ähnlich wie wir das bei anderen ungebetenen Gästen ja auch tun, von denen wir sagen, *die fliegen raus, wenn sie auftreten sollten, etwa Neonazis.*“ (Deutschlandfunk, 4.6.07).

Tim Laumeier (Pressesprecher der „Interventionistischen Linken“): Generell sind wir gegen die *sinnlose und wahllose Ausübung von Gewalt*. Auch dagegen, dass Menschen verletzt werden – wie das zum Beispiel mit den Polizisten auf der Rostocker Demo geschehen ist.“ (<http://zuender.zeit.de/2007/23/g8-interview-interventionistische-linke>).

Jungle World, Artikel von Jochen Stay „*Die Militanten verdienen keine Solidarität*. Ein Plädoyer für den gewaltfreien Widerstand“ (Jungle World, Nr. 24, 13.6.07).

Monty Schädel (DFG/VK und Ex-Landtagsmitglied der PDS): „Dass wir jetzt diese Bilder, die wir gerade auch als Rostocker Bündnis vermeiden wollten, die *Wiederholung von solchen Bildern, die wir 1992 schon in Rostock bei dem Überfall auf das Asylbewerberheim hatten*, wieder hier aus Rostock haben, das ist ein großer Misserfolg, das ist das, was wir nicht wollten, was von uns nicht vorbereitet worden ist, was wir auf keinen Fall gutheißen.“ (ZDF 3.6.07).

(GDS Flugblatt 6/07 vom Juni 2007)

Über die sogenannte „Gewaltfrage“

Eine notwendige Diskussion

Nach dem 2. Juni 2007 in Rostock ist eine heftige Debatte entbrannt, die sich auf die sogenannte „Gewaltfrage“ zuspitzt. Über die militärischen demokratischen und revolutionären Kräfte wurde von den bürgerlichen Politikern und Medien sowie von den gekauften Pseudolinken und professionellen Abwiegern allerhand Schmutz und Dreck ausgeschüttet. Sie alle verfolgen schließlich ein und dasselbe Ziel: eine radikale Kritik am Imperialismus zu verhindern.

In dieser Debatte finden sich positive Ansatzpunkte, die es weiter zu verfolgen gilt mit dem Ziel einer tieferen und prinzipiellen Klärung der „Gewaltfrage“, um dem imperialistischen Druck standzuhalten und um ideologisch und propagandistisch in die Offensive zu kommen, in die Offensive vor allem für das grundlegende Ziel der Zerschlagung des deutschen Imperialismus auf dem Weg zur Errichtung des Kommunismus.

Die aktuellen Diskussionen über die sogenannten „Gewaltbereiten“ werfen unserer Meinung nach auch ein grundlegendes Problem auf: Die Phrase von den „Gewalttätern“ zielt ab auf ausgesprochene und unausgesprochene feste Vorstellungen darüber, was Gewalt angeblich sei. Die nachfolgenden Argumente haben den Anspruch, möglichst umfassend dieser reaktionären Ideologie von „Gewalt“ entgegenzutreten.

Der Begriff der „Gewalt“

In der Alltagssprache verschwimmen Begriffe wie „Macht“, „Gewalt“ und „Zwang“ – Begriffe, die in der Regel eine negative Bedeutung haben. Dagegen werden Begriffe wie „Überzeugung“, „vernünftig sein“ bis hin zur Phrase „Der Klügere gibt nach“ gesetzt. Die geschichtliche und die aktuelle Realität spricht jedoch eine andere Sprache. Es ist das alte Lied: Die Massenmörder fordern „friedliche Unterwerfung“, ein „vernünftiges Sich-Einfügen“ als höchstes Ideal.

Die Entlarvung dieser Heuchelei ist die grundlegende Voraussetzung, um sich überhaupt den Schein-Diskussionen über „Gewalt“ und „Gewaltlosigkeit“ entziehen und theoretisch und praktisch die wirklich entscheidenden Fragen aufwerfen und beantworten zu können.

In der Alltagssprache versteht man unter „Gewalt“ in erster Linie physische Gewalt. Doch diese Auffassung greift zu kurz und schafft keine Klarheit darüber, auf welchen Ebenen Gewalt tagtäglich im Imperialismus, mal direkt, mal indirekt, mal offener, mal subtiler ausgeübt wird. „Der reißende Strom wird gewalttätig genannt, aber nicht das Flussbett, das ihn einengt“ – damit hat Bertolt Brecht gegen die Alltagsvorstellung von „Gewalt“ polemisiert und auf die Gewalt „des einengenden Flussbetts“ aufmerksam gemacht, also die grundlegenden ökonomischen Gewaltverhältnisse und die politische und ideologische Gewalt der Herrschenden, die diese ökonomischen Gewaltverhältnisse durchsetzen und sichern:

- In der Ökonomie wirkt – wenn wir die mörderischen Ausbeutungsbedingungen vieler Arbeiterinnen und Arbeiter, die zu Arbeitsunfällen, Krankheit und Tod führen, einmal außen vor lassen – die tagtäglich reproduzierte indirekte Gewalt gegenüber den Ausgebeuteten vor allem in Form des „stummen Zwangs der ökonomischen Verhältnisse“, in Form des Zwangs, arbeiten zu müssen, die eigene Arbeitskraft verkaufen zu müssen, um sich Lebensmittel kaufen zu können. Die großartige Freiheit, zwischen Bitburger und Binding-Bier wählen zu können, steht im Zusammenhang mit dem Zwang, eine bestimmte Palette von Konsumgütern kaufen zu können, kaufen zu müssen.
- Die politische Gewalt zeigt sich in verschiedenen Formen: von Gesetzen und Verordnungen (von Hartz IV, über den Abschiebетerror bis hin zur Verfolgung revolutionärer Kräfte), die vom Heer der Politiker eingebracht, von den „Staatsbediensteten“ als Schreibtischtäter umgesetzt, von den Richtern und Staatsanwälten verfolgt und von den staatlichen bewaffneten Formationen (Gefängnisse, Polizei, Armee, Geheimdienste) durch physische Gewalt (Polizeiterror, Inhaftierung, Folter) vollzogen wird. Letztendlich kommt die politische Gewalt „aus den Gewehrläufen“.
- Damit nicht genug gibt es eine Macht, deren gewaltamer Charakter und deren Zwang unsichtbarer ist, aber um so wirksamer greift: Das volle Programm der Gehirnwäsche, die Dauerbeeinflussung durch die bürgerlichen Medien, durch Fernsehen und Zeitungen, Bekanntmachungen in Betrieben, Einführung von Unterwerfung in Kindergärten und Schulen. Und in diesem Rahmen auch ein umfassendes Programm, in einer gewalttätigen Gesellschaft den Begriff der Gewalt zu entstellen, beliebig zu verdrehen, um „Ruhe und Ordnung“ zu festigen. Gerade weil die bürgerlichen Medien juristisch nicht Teil des Staatsapparats sind, ist Klarheit darüber wichtig, was sie sind: ein fester Bestandteil des reaktionären imperialistischen Systems, dem sie dienen und dessen Ausbeutersystem sie absichern sollen.

Um keinen Zweifel aufkommen zu lassen: So massiv die ideologische oder politische Gewalt in bestimmten Phasen im Vordergrund steht, so sehr existiert sie nur auf der Basis der ökonomischen Gewalt. Andererseits ist das, was im Polizeijargon „körperliche Gewaltanwendung“ heißt, bis zur Waffengewalt in der Tat nicht immer sichtbar, aber dennoch immer anwesend. In Zeiten, in denen durch Klassenkämpfe ihr Ausbeutersystem nicht massiv in Frage gestellt wird, ist es für die Bourgeoisie vorteilhafter, in erster Linie auf die ideologische Gewalt, auf die ideologische Manipulation zu setzen. Die physische Gewalt, die Repression wird relativ selektiv angewandt, die juristische Verfolgung individuell. Doch gleichzeitig rüstet sie sich durch Überwachungsinstrumente und Datensammlung auf „härtere Zeiten“. Wenn sich Klassenkämpfe entwickeln, die vielleicht sogar das System in Frage stellen, wenn die Herrschaft der Bourgeoisie allgemein gesprochen unsicher ist, setzt sie mehr und mehr auf massenhaft angewandte physische Gewalt, Verhaftungen bis hin zu Erschießungen und Massakrierungen, also den massiven Einsatz ihres Staatsapparats, den Bürgerkrieg. In einer solchen Situation ist es sogar bis zu

einem gewissen Grad gewollt, dass die Einschüchterung generalisiert wird, unberechenbar ist, jeden treffen kann.

* * *

Ein Blick auf die Taten jener, die von „Gewaltlosigkeit“ faseln, würde eigentlich schon genügen, um klarzumachen, dass die Herrschenden, die herrschende Gewalt nicht nur über Bundeswehr und Gefängnisse als Gewaltapparat verfügen, den sie täglich anwenden – „eigentlich“. Aber so einfach ist es nicht, denn die Frage steht ja, wie all jene, die sich diesen Gewaltverhältnissen entgegenstellen und diese Heuchelei entlarven, selbst zur Frage von Macht, Gewalt und Zwang stehen, ohne sich in den Fallstricken der Ideologie der Herrschenden zu verstricken.

Wie die Bourgeoisie „Gewaltlosigkeit“ heuchelt

Um die Autorität der Bourgeoisie zu brechen, ist es durchaus nötig, die Widersprüchlichkeit ihrer eigenen Argumentation zu enthüllen – allerdings ohne jeglichen Appell an die Herrschenden, sie mögen doch diese Widersprüche bitte lösen.

Die herrschende Klasse selbst, so wie sie heute in allen kapitalistischen Ländern, auch in Deutschland, an der Macht ist, hat diese Macht geschichtlich keinesfalls durch Überzeugung und gewaltfreies Vorgehen errungen. Waffengewalt war der Ausgangs- und Endpunkt, um durch Kriege gegen andere Staaten und in Ländern wie in England und Frankreich auch gegen die feudalen Kräfte die Macht zu erobern und zu festigen. Bewaffnete und gewaltsame Niederschlagung der Arbeiterbewegung sind fester Bestandteil der daraus entstandenen heutigen Machtverhältnisse. Es ist nichts als pure Heuchelei, wenn sich diese Leute nun Gewaltlosigkeit auf ihre Fahne schreiben.

Aktuell wird heute bei der Ausübung von Waffengewalt eine besondere Sprachregelung bevorzugt: Das sogenannte „Gewaltmonopol“. Weil sich ja nicht verheimlichen lässt, dass etwa die Bundeswehr in anderen Ländern mit Waffengewalt vorgeht, ergänzt die herrschende Klasse ihre Phrase von der Gewaltlosigkeit mit dem Argument, dass Gewalt doch dann gerechtfertigt sei, wenn sie zur Verteidigung der kapitalistischen „Freiheit“ gegen „Gewaltäter“ nötig sei.

Dass diese beiden von der Bourgeoisie vorgebrachten Gesichtspunkte der angeblichen „Gewaltlosigkeit“ der Bourgeoisie widersprechen, kann und soll aufgezeigt und ausgenutzt werden, um deutlich zu machen, dass die herrschende Klasse selbst keinesfalls auf Gewaltverzicht aus ist. Im Gegenteil: sie hält Gewalt für legitim und praktiziert sie auch heute immer offener.

Insofern ist die prinzipiell aufgeworfene Frage „Gewalt oder keine Gewalt?“ vom Tisch. Es geht ganz offensichtlich – und darauf müssen wir den Akzent legen – um die Frage, wer Gewalt ausübt und mit welchen Zielen.

In Deutschland ganz besonders deutlich kann und wird von unserer Seite darauf verwiesen, dass der gewaltsame Kampf zum Sturz des Nazi-Regimes – sei es durch die westlichen Armeen der Anti-Hitler-Koalition oder aus den Reihen der Generalität der Nazi-Wehrmacht am 20. Juli 1944 (unabhängig von der hier nicht zu diskutierenden Frage, welches Programm hinter diesem Attentatsversuch stand) – von

der herrschenden Klasse in Deutschland in ihrer Berechtigung zumindest heute noch nicht ganz offen abgestritten werden kann.

* * *

Halten wir fest: Wir erwarten von der herrschenden Klasse nicht, dass sie diese widersprüchliche Argumentation aufhebt. Wir verweisen darauf lediglich, um zu beweisen, dass ihr Geschwätz von der Gewaltlosigkeit hältlose Heuchelei ist.

Zwei mögliche Einwände

Die am Kommunismus orientierten Kräfte argumentieren mit ihrem Programm: mit dem Programm der Beseitigung von Ausbeutung und Unterdrückung, der Abschaffung von Herrschaft von Menschen über Menschen durch die revolutionäre Umwälzung aller Verhältnisse auf allen Ebenen, eine Gesellschaft von Menschen, die sich ohne Staat, ohne Gewalt, ohne Zwang ihrer Lage bewusst sind, die ihr gesamtes Leben durch Einsicht und Überzeugung selbst organisieren, selbst gestalten und genießen. Zwei Einwände liegen auf der Hand: erstens, dass dieses Ziel nie erreicht werden könne, und zweitens, dass die kommunistischen Kräfte auf dem Weg zur Erreichung des Ziels einer gewaltfreien Gesellschaft selbst Gewalt anwenden müssen.

Der erste Einwand, der den Kommunismus zu einer Utopie abstempelt, wird immer bröckeliger dadurch, dass die historisch durch Mangel und Not charakterisierte Gesellschaft sich immer offensichtlicher in eine Gesellschaft verwandelt, die immer noch durch verschärfteste Not und Elend charakterisiert wird, obwohl der tausendfache Überfluss an allen materiellen Gütern eine entscheidende Verkürzung der Arbeitszeit, eine umfassende und rasche Kommunikation zwischen allen Menschen, eine allseitige Aufklärung und Bildung für alle immer deutlicher ermöglichen könnte. Es sind die herrschenden Klassenverhältnisse, die mit Macht, Gewalt und Zwang verteidigt werden, die all dies unmöglich machen. Das Problem liegt auf der Hand: Diejenigen, die „oben“ sind, können viel, aber eins nicht: freiwillig oder durch Überzeugung diesen materiellen Überfluss allen zur Verfügung stellen, ihre Privilegien aufzugeben und sich friedlich einordnen.

Genau damit sind wir beim zweiten Einwand: Wir sind für die Abschaffung von Ausbeutung und Unterdrückung, von Krieg und Gewalt. Das Ziel unseres Kampfes ist der Kommunismus, genauer der Weltkommunismus, in dem es keine Kriege, keine Klassen, keine Staaten mehr gibt. Dabei scheint es auf den ersten Blick ein Widerspruch zu sein, den wir erklären müssen, dass auf dem Weg zu einer kommunistischen Gesellschaft ohne Waffen die Waffen des Klassenfeindes, insbesondere seine Armee und Polizei, im bewaffneten Kampf zerschlagen und vernichtet werden müssen. Dass auf dem Weg zu einer klassen- und staatenlosen Gesellschaft die Macht der Arbeiterinnen und Arbeiter in Form des Staates der Diktatur des Proletariats zur Unterdrückung der Konterrevolution errichtet und durch eine immer breitere Teilnahme der Massen an den Staatsaufgaben die Voraussetzungen geschaffen werden dafür, dass dieser Staat dann absterben kann. Das heißt, die Bedingungen, die die kommunistischen Kräfte vorfinden für diesen Kampf und

denen sie in ihrem Kampf Rechnung tragen müssen, unterscheiden sich grundlegend von den welthistorischen Zielen und Idealen des Kommunismus. Sie kämpfen dafür, dass diese Ziele Wirklichkeit werden, dies ist aber nicht unabhängig von den gegebenen Bedingungen.

* * *

Die organisierten kommunistischen Kräfte sind ohne Frage eine Minderheit. Ob sie die Massen für eine gewaltsame Revolution gewinnen können oder nicht, hängt davon ab, ob die Mehrheit der Gesellschaft, ob die Mehrheit der Ausgebeuteten und Unterdrückten, durch ihre eigene Erfahrung und die Bewusstmachung der kommunistischen Kräfte erkannt hat, dass das Gelaber über die Gewaltfreiheit Heuchelei ist, dass es in Wirklichkeit eine Frage des eigenen Überlebens, der eigenen Würde darstellt, dass man sich gegen die gewaltsamen Aktionen der herrschenden Klasse und ihrer Helfer effektiv, also auch gewaltsam, zunächst verteidigt.

Diese in der Tat defensive Argumentation einer Verteidigung gegen die staatlichen bewaffneten Formationen, gegen Nazis, gegen Pazifismus heuchelnde DGB- oder attac-Fürsten mit ihren Schlägertrupps enthält aber den Keim der Erkenntnis, sich selbstbewusst von der verqueren Diskussion „Gewalt ja oder nein?“ zu lösen und einzige und allein aufgrund der geschichtlichen und konkreten Möglichkeiten zu entscheiden, was richtig und was falsch ist.

Das bedeutet, dass durch die Kombination aus eigenen Erfahrungen und der bewussten Aufklärung durch die kommunistischen Kräfte die scheinbar moralische Frage, ob Gewalt berechtigt oder unberechtigt sei, der entscheidenden Frage weicht, wie die eigenen Kräfte gestärkt und die Kräfte der Feinde, der herrschenden Klasse geschwächt und wirkungsvoll zerschlagen werden können.

Dafür ist es ebenfalls von Wichtigkeit, praktische Erfahrungen bei der Ausübung revolutionärer Gewalt zu sammeln. Systematisch die gewaltsame Revolution vorzubereiten, erfordert auch, lange Zeit vor dem Aufstand die Unterstützung spontaner gewaltsamer und bewaffneter Auseinandersetzungen. Dabei geht es um die praktische Erziehung zur Bereitschaft, revolutionäre Gewalt auszuüben und den bewaffneten Kampf zu führen.

Die Realität der Klassenkämpfe kennt auch spontane militante Kämpfe, die noch nicht unter Führung der kommunistischen Kräfte erfolgen, aber deshalb von ihnen keinesfalls abgelehnt, sondern maximal unterstützt werden und um deren Leitung sie kämpfen. Es ist ihre Aufgabe, insbesondere in spontanen militanten Kämpfen das Element des bewussten und organisierten Vorgehens hineinzutragen – nicht im Sinne einer Abwiegelei, sondern im Sinne eines massiveren, sichereren und die involvierten Kräfte noch besser beschützenden Eingreifens.

Die befreiende Rolle revolutionärer Gewalt

Dabei kann und soll nicht verschwiegen werden, dass aus kommunistischer Sicht die Anwendung von Gewalt, sei es organisierte Gewalt, sei es die spontane Gewalt

in den Kämpfen der unterdrückten Massen, in der Tat auch ein Nachdenken, ein Analysieren, ein Überprüfen beinhalten muss.

Es ist unzweifelhaft, dass die Schwäche des scheinbar allmächtigen Imperialismus erst dadurch zum Vorschein kommt, dass die Ausgebeuteten und Unterdrückten ihm die Stirn bieten, seine verwundbaren Stellen bloßlegen. Erst durch die Anwendung revolutionärer Gewalt gegen ihre Unterdrücker werden sich die Arbeiterinnen und Arbeiter die Illusionen, aber auch die Biedentenhaftigkeit, das Abgestumpftsein und die Demütigung „vom Hals schaffen“. Die befreende Wirkung der Anwendung revolutionärer Gewalt, sich eben nicht alles gefallen zu lassen, sich zu wehren, zunächst vielleicht nur kleine Erfolge, aber immerhin Erfolge zu erringen, wenn man sich wehrt – das ist die wesentliche Seite der Frage.

Der Versuch der herrschenden Klasse, die revolutionären Kräfte zu demoralisieren, die Problematik, dass reaktionäre Ansichten auch im revolutionären Kampf bei der Masse der Ausgebeuteten und Unterdrückten nicht von selbst verschwinden, sich auch in Aktionsformen niederschlagen können, gehört zu der Gesamtproblematik dazu. Dieser zweite Aspekt ist möglicherweise schwieriger zu verstehen, wird oft genug benutzt, um die befreende Rolle der Gewalt überhaupt zu diffamieren. Das darf die kommunistischen Kräfte jedoch nicht hindern, als Grundmerkmal einer revolutionären Bewegung ein selbstkritisches Überprüfen und Diskutieren bei der Anwendung revolutionärer Gewalt zur Selbstverständlichkeit werden zu lassen.

Entscheidend ist, den Grundgedanken der revolutionären Gewalt zu propagieren, da eins unverrückbar ist: Ohne revolutionäre Gewalt, ohne bewaffnete Zerschlagung des alten Staatsapparats, getragen von den kommunistischen Zielen, ist kein geschichtlicher Fortschritt möglich. Das kapitalistisch-imperialistische System als ganzes, jeder seiner Staatsapparate als Hauptquelle unterdrückerischer Gewalt, als Machtsystem des Zwangs und der Gehirnwäsche kann nicht reformiert werden. Appelle an die „Gewaltlosigkeit“ dienen der herrschenden Klasse, sind Appelle, sich Macht, Zwang und Gewalt der herrschenden Klasse nicht wirksam entgegenzustellen, sondern zu unterwerfen.

Die Frage revolutionärer Gewalt nach der proletarischen Revolution

Es ist aus der Geschichte aller siegreichen Revolutionen ersichtlich, dass die Frage, wie mit Macht, Gewalt und Zwang aus kommunistischer Sicht umgegangen werden muss, zugespitzt nach dem Sieg der Revolution aufgeworfen wird.

Die Geschichte hat bewiesen, dass die Revolutionäre an der Macht nach dem Aufbau eines neuen, revolutionären Staatsapparates zur gewaltsamen Enteignung des Kapitals, zur gewaltsamen Niederhaltung der inneren Reaktion und Konterrevolution und zur gewaltsamen Abwehr gegen die internationale Konterrevolution nicht davor geschützt sind, über Jahrzehnte hinweg doch der Macht der Gewohnheit zu erliegen, sich letztlich dem Druck der bürgerlichen Ideologie zu beugen, letztlich das System von Ausbeutung und Unterdrückung zu restaurieren.

Das wurde am deutlichsten am Beispiel der sozialistischen Sowjetunion, die sich nach der Oktoberrevolution 1917 als Diktatur des Proletariats in Form des neu geschaffenen demokratisch-sozialistischen Sowjetstaats organisierte und über Jahrzehnte hinweg sehr erfolgreich nicht nur den Kapitalismus abschaffte, ausländische Interventionen zurückschlug, die Organisation der inneren Konterrevolution zerstörte und deren Reste niederhielt, dem Überfall der nazi-faschistischen Horden standhielt und sie besiegte, dann aber doch unter diesem gewaltigen Druck einerseits und durch die fehlende Entfaltung der selbstkritischen Klärung der Besonderheiten einer sozialistischen Demokratie in der Praxis andererseits in ihr Gegenteil umschlug. Die Folge war, dass nicht mehr die Mehrheit der ehemals Ausgebeuteten die Konterrevolutionäre unterdrückte, sondern eine neue privilegierte Schicht, eine neue herrschende Klasse entstand, die den ehemals sozialistischen Staatsapparat von innen her eroberte und in ein polizeistaatliches Instrument der Unterdrückung der arbeitenden Massen verwandelte und den Kapitalismus restaurierte.

Das entscheidende Kriterium für die zu entfaltende sozialistische Demokratie ist, ob in immer größerem Umfang die demokratisch organisierten Massen im sozialistischen Staat bewusst und selbstkritisch die notwendige Gewalt gegen die Konterrevolution kontrollieren und zunehmend selbst ausüben, so dass für alle sichtbar der Staatsapparat der Diktatur des Proletariats nicht losgelöst von der Masse der arbeitenden, vom Kapitalismus befreiten Menschen seine Funktion der gewaltsamen Unterdrückung ausübt.

* * *

In diesem Sinne weist uns der Schlussatz des „Manifests der Kommunistischen Partei“ von Marx und Engels von 1848 noch heute den Weg:

„Die Kommunisten verschmähen es, ihre Ansichten und Absichten zu verheimlichen. Sie erklären es offen, dass ihre Zwecke nur erreicht werden können durch den gewaltsamen Umsturz aller bisherigen Gesellschaftsordnung. Mögen die herrschenden Klassen vor einer kommunistischen Revolution zittern. Die Proletarier haben nichts in ihr zu verlieren, als ihre Ketten. Sie haben eine Welt zu gewinnen.“

Proletarier aller Länder, vereinigt euch!“

(Marx/Engels: „Manifest der Kommunistischen Partei“. 1847–1848, Marx/Engels Werke Band 4, S. 493)

ANMERKUNGEN

1. Studiert den wissenschaftlichen Kommunismus zur Rolle der Gewalt in der Geschichte

Wer sich mit der Frage der Gewalt tiefgehend auseinandersetzen möchte, kommt nicht umhin, die Originalwerke des wissenschaftlichen Kommunismus zu studieren. Nachfolgend sollen Hinweise auf einige wichtige Schriften bzw. Aspekte daraus zu dieser Frage gegeben werden:

- Marx, „Das Kapital“ (1867): Im Kapitel über „Die sogenannte ursprüngliche Akkumulation“ erklärt Marx, dass die Bourgeoisie „blut- und schmutztriefend zur Welt gekommen“ ist und meinte damit vor allem die Unterdrückung, den Raub und Mord an den Völkern außerhalb Europas sowie die Gewaltmaßnahmen zur Enteignung und Vertreibung der Bäuerinnen und Bauern in den eigenen Ländern, um die kapitalistische Produktion auszudehnen und abzusichern (Marx/Engels Werke Band 23, der Abschnitt darin S. 741–802).
- Engels, „Herrn Eugen Dührings Umwälzung der Wissenschaft“ („Anti-Dühring“), (1878): Engels zeigt insbesondere, welche Rolle die Gewalt in der Geschichte gegenüber der ökonomischen Entwicklung spielt. Gegen Dührings „Jammerrede“ über die Gewalt als „das absolut Böse“ stellt Engels die befreiende Rolle der revolutionären Gewalt heraus (Marx/Engels Werke Band 20, S. 147–171).
- Engels, „Der Ursprung der Familie, des Privateigentums und des Staats“ (1884): In diesem grundlegenden Werk zeigt Engels, dass der Staat „nicht von Ewigkeit her“ ist, sondern mit der Entstehung und Entwicklung des Privateigentums und der Klassen zusammenhängt. Engels weist zugleich nach, dass – auf der Grundlage der gewaltsmäßen Zerschlagung der kapitalistischen Ausbeuterordnung in der proletarischen Revolution und der Errichtung der Diktatur des Proletariats – die Entwicklung der kommunistischen, der klassenlosen Gesellschaft schließlich jegliche Staatsgewalt absterben lässt (Marx/Engels Werke Band 21, S. 25–173).
- Engels, „Die Rolle der Gewalt in der Geschichte“ (1887/1888): Engels führt vor allem aus, welche Rolle nach der Niederlage der bürgerlich-demokratischen Revolution von 1848 die Bismarcksche „Gewaltspraxis von Blut und Eisen“ spielte, die schließlich zur Bildung des deutschen Nationalstaats 1871 „von oben“ unter Führung des reaktionären Preußentums führte (Marx/Engels Werke Band 21, S. 405–461).
- Lenin, „Über den Staat“ (1919): In dieser Vorlesung an der Swerdlow-Universität referiert Lenin prägnant und in einfachen Worten über den Staat. Diese Schrift ist eine hervorragende Einführung in das umfassende Werk Lenins „Staat und Revolution“. (Lenin, Werke Band 29, S. 460–479).
- Lenin, „Staat und Revolution“ (1917): In diesem grundlegenden Werk leistete Lenin einen umfassenden Beitrag zur „Wiederherstellung der wahren Marxschen Lehre vom Staat“ gegen die revisionistischen Entstellungen und Verdrehungen,

indem er die grundlegenden Äußerungen von Marx und Engels in ihrer wirklichen Bedeutung darstellt, verteidigt und propagiert. Lenin weist nach, dass es unter den Bedingungen des Imperialismus, die gerade auch die weitere Verstärkung der kapitalistisch-imperialistischen Staatsmacht bedeuten, nur um so dringlicher ist, die Arbeiterinnen und Arbeiter systematisch in den Auffassungen des wissenschaftlichen Kommunismus über die gewaltsame Revolution, über die Notwendigkeit der gewaltamen Zerschlagung des bürgerlichen Staatsapparats, über die befreende Rolle der revolutionären Gewalt zu erziehen (Lenin Werke Band 25, S. 383–507, als Einzelschrift: Verlag Olga Benario und Herbert Baum, Offenbach 1997).

- Stalin, „Zu den Fragen des Leninismus“ (1926): Stalin geht unter anderem auch auf den Unterschied zwischen der proletarischen und der bürgerlichen Revolution ein, der für die „Gewaltfrage“ von wesentlicher Bedeutung ist: Die bürgerliche Revolution hat gewöhnlich begonnen, wenn mehr oder weniger fertige Formen der kapitalistischen Ordnung vorhanden sind, die schon vorher im Schoß der feudalen Gesellschaft herangewachsen sind, während bei Beginn der proletarischen Revolution fertige Formen der sozialistischen Ordnung fehlen und erst nach der Errichtung der Diktatur des Proletariats geschaffen werden können. Die bürgerliche Revolution beschränkt sich darauf, die Herrschaft einer Ausbeuterklasse durch die einer anderen zu ersetzen und bedarf deshalb nicht der Zertrümmerung der alten Staatsmaschine, während die proletarische Revolution, die jegliche Ausbeuterherrschaft liquidiert, nicht ohne die Zertrümmerung der alten Staatsmaschine und deren Ersetzung durch eine neuen, proletarischen Staat auskommen kann (Stalin Werke Band 8, S. 19–28).
- Stalin, „Über dialektischen und historischen Materialismus“ (1936): In dem Teil „Der historische Materialismus“ dieser grundlegenden Schrift umreißt Stalin Gesetzmäßigkeiten der historischen gesellschaftlichen Entwicklung, insbesondere der bisherigen Entwicklung der Produktionsverhältnisse (Urgemeinschaft, Sklaverei, Feudalismus, Kapitalismus, Sozialismus). Gegen Ende der Schrift betont Stalin, dass das Proletariat nach dem Sieg der Revolution seine revolutionären Macht benutzt, um „gewaltsam die alten Produktionsverhältnisse“ aufzuheben (In: „Geschichte der KPdSU(B), Kurzer Lehrgang“, Nachdruck Dortmund 1976, S. 131–166, als Einzelschrift: Verlag Olga Benario und Herbert Baum, Offenbach 1997).

2. Der wissenschaftliche Kommunismus über die revolutionäre Gewalt

■ Über die befreende Rolle der revolutionären Gewalt

„Für Herrn Dühring ist die Gewalt das absolut Böse, der erste Gewaltsakt ist ihm der Sündenfall, seine ganze Darstellung ist eine Jammerpredigt über die hiermit vollzogene Ansteckung der ganzen bisherigen Geschichte mit der Erbsünde, über die schmähliche Fälschung aller natürlichen und gesellschaftlichen Gesetze durch diese Teufelsmacht, die Gewalt. Dass die Gewalt aber noch eine andre Rolle in der Geschichte spielt, eine revolutionäre Rolle, dass

sie, in Marx' Worten, die Geburtshelferin jeder alten Gesellschaft ist, die mit einer neuen schwanger geht, dass sie das Werkzeug ist, womit sich die gesellschaftliche Bewegung durchsetzt und erstarrte, abgestorbne politische Formen zerbricht – davon kein Wort bei Herrn Dühring. Nur unter Seufzen und Stöhnen gibt er die Möglichkeit zu, dass zum Sturz der Ausbeutungswirtschaft vielleicht Gewalt nötig sein werde – leider! denn jede Gewaltsanwendung demoralisiere den, der sie anwendet. Und das angesichts des hohen moralischen und geistigen Aufschwungs, der die Folge jeder siegreichen Revolution war!“

(Engels, „Herr Eugen Dührings Umwälzung der Wissenschaft“, 1878, Marx/Engels Werke Band 20, S. 171)

„Die Lobrede, die Engels auf die gewaltsame Revolution hält und die den vielfachen Erklärungen von Marx durchaus entspricht (...) – diese Lobrede ist durchaus keine ‚Schwärmerei‘, durchaus keine Deklamation, kein polemischer Ausfall. Die Notwendigkeit, die Massen systematisch in *diesen*, gerade in diesen Auffassungen über die gewaltsame Revolution zu erziehen, liegt der gesamten Lehre von Marx und Engels zugrunde.“

(Lenin, „Staat und Revolution“, 1918, Werke Band 25, S. 412)

„(...) dass sowohl zur massenhaften Erzeugung dieses kommunistischen Bewusstseins wie zur Durchsetzung der Sache selbst eine massenhafte Veränderung der Menschen nötig ist, die nur in einer praktischen Bewegung, in einer Revolution vor sich gehen kann; dass also die Revolution nicht nur nötig ist, weil die herrschende Klasse auf keine andre Weise gestürzt werden kann, sondern auch, weil die stürzende Klasse nur in einer Revolution dahin kommen kann, sich den ganzen alten Dreck vom Halse zu schaffen und zu einer neuen Begründung der Gesellschaft befähigt zu werden.“

(Marx/Engels, „Die deutsche Ideologie“, 1845/46, Marx/Engels Werke Band 3, S. 70)

„Ihr habt“, sagte Marx den Arbeitern, „15, 20, 50 Jahre Bürgerkriege und Völkerkämpfe durchzumachen, nicht nur um die Verhältnisse zu ändern, sondern um euch selbst zu ändern und zur politischen Herrschaft zu befähigen.“

(Karl Marx, „Enthüllungen über den Kommunistenprozeß zu Köln“, 1853, Marx/Engels Werke Band 8, S. 412; siehe auch Stalin, „Über die Grundlagen des Leninismus“, 1924, Werke Band 6, S. 99)

■ Über diejenigen, die über „den Bürgerkrieg jammern“

„(...) über den Bürgerkrieg gegen die Ausbeuter jammern, ihn verurteilen, fürchten – das heißt faktisch zum Reaktionär werden. Das heißt den Sieg der Arbeiter fürchten, der vielleicht Zehntausende von Opfern kosten wird, und mit Sicherheit ein neues imperialistisches Gemetzel zulassen, ein Gemetzel, das gestern Millionen Opfer gefordert hat und morgen wieder Millionen Opfer fordern wird.“

(Lenin, „Entwurf (oder Thesen) für eine Antwort der KPR auf das Schreiben der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands“, 1920, Werke Band 30, S. 332)

■ Über die Politik der Bolschewiki hinsichtlich der Frage der Gewalt

„Drittens hatten wir uns mit der prinzipiellen Anerkennung der Gewaltanwendung und der Propagierung des bewaffneten Aufstandes nicht begnügt. Wir unterstützten z. B. vier Jahre vor der Revolution die Anwendung der Gewalt der Masse gegen ihre Unterdrücker, besonders bei den Straßendemonstrationen. Wir bemühten uns, dass sich das ganze Land die Praxis einer jeden solchen Demonstration zu eigen mache. Wir trachteten immer mehr auf Organisierung eines ausdauernden und systematischen Widerstandes der Massen gegenüber der Polizei und dem Militär (...).“

(Lenin, „Rede auf dem Parteitag der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz“, 1916, Werke Band 23, S. 121)

■ Über die „Schule des Bürgerkriegs“

„Der Bürgerkrieg ist die schärfste Form des Klassenkampfes, und je schärfer dieser Kampf ist, desto schneller verbrennen in seinem Feuer alle kleinbürgerlichen Illusionen und Vorurteile (...).“

(Lenin, „Thesen zum Referat auf dem III. Kongress der Kommunistischen Internationale über die Taktik der KPR (Ursprünglicher Entwurf)“, 1921, Werke Band 32, S. 479)

„Und die Schule des Bürgerkriegs macht das Volk nicht umsonst durch. Es ist eine harte Schule (...); diese Schule lehrt die unterdrückten Klassen, den Bürgerkrieg zu führen und in der Revolution zu siegen. Sie speichert in den Massen der modernen Sklaven jenen Hass auf, den die verschüchterten, stumpfen und unwissenden Sklaven ewig hegen und der die Sklaven, die sich der Schmach ihres Sklaventums bewusst geworden sind, zu den größten geschichtlichen Heldenaten führt.“

(Lenin, „Zündstoff in der Weltpolitik“, 1908, Werke Band 15, S. 177)

3. Gewalt allein ist kein Kriterium

Wenn wir die heutige internationale Lage betrachten, zeigt sich sehr deutlich, dass in der Debatte über Gewalt und Gewaltlosigkeit ein Aspekt ganz besonders hervorgehoben werden muss: Die Frage der Gewaltanwendung alleine und für sich genommen ist kein Kriterium. Mehr noch: Die Frage der Gewalt isoliert zu betrachten, ist in doppelter Hinsicht falsch:

Während der herrschenden Klasse allein die Frage, ob eine Organisation Gewalt anwendet oder nicht, dazu dient, diese Organisation moralisch zu verurteilen und politisch zu verfolgen, wenn es ihr in den Kram passt, ist aus kommunistischer Sicht auch der Umkehrschluss (nämlich eine Organisation allein deshalb zu unterstützen, weil sie Gewalt anwendet) absurd.

Dies leuchtet unmittelbar ein, wenn wir uns die bewaffneten Nazi-Banden in Deutschland anschauen. Bei diesen Nazi-Mörtern ist klar: ihre Gewalt ist nazistisch und nicht emanzipatorisch. Eine Einschätzung von Organisationen international ist dagegen oftmals komplizierter. Wir wollen unseren Standpunkt anhand von

Hamas und Taliban konkretisieren, zwei ähnliche, aber doch auch unterschiedliche Beispiele.

Das grundlegende Problem, das verstanden werden muss, besteht darin, dass es in unterdrückten Ländern zwei entgegengesetzte und sich ausschließende Formen des bewaffneten Kampfes gegen eine imperialistische Besatzungsmacht gibt. Zum einen auf Befreiung vom Imperialismus orientierte demokratisch-revolutionäre Organisationen und Bewegungen und zum anderen bewaffnete Organisationen, die trotz ihres teilweise nicht unerheblichen Anhangs eher den Charakter von Söldnerarmeen haben, mit deren Hilfe die einen Imperialisten ihre imperialistischen Rivalen in der Region bekämpfen.

Weil diese beiden grundlegenden, sich im Kern ausschließenden Erscheinungsformen sich in der Realität nicht so scharf voneinander abgrenzen, ja manchmal ineinander verwandeln können, ist es um so wichtiger, sehr genau die Ziele und Programme (und nicht einfach die Frage der Gewalt) in die Analyse einzubeziehen. Ein weiteres miteinzubeziehendes Kriterium dieser Analyse muss sein, woher diese Organisationen ihre Kraft, ihr Geld, ihre Waffen beziehen und ob sie in der Praxis demokratisch-revolutionäre und kommunistische Kräfte aktiv bekämpfen oder nicht.

Wir lehnen Hamas nicht deshalb ab, weil sie gewaltsame Aktionen durchführen, sondern weil sie ein zutiefst reaktionäres, gegen die demokratischen Rechte der palästinensischen Bevölkerung gerichtetes antideokratisches und antisemitisches Programm verfolgen. Ebenso ist Taliban aus unserer Sicht nicht deswegen eine reaktionäre Organisation, weil sie oder ihr Umfeld Gewalt gegen die imperialistischen Besatzungssarneen, auch gegen die Bundeswehr, anwenden, sondern weil sie sich ein zutiefst reaktionäres Programm zur Errichtung einer feudalistischen Gesellschaftsordnung auf ihre Fahnen geschrieben hat und demokratisch-revolutionäre Kräfte in Afghanistan verfolgt, unterdrückt und ermordet.

(GDS Flugblatt 7-8/07 vom Juli-August 2007)

ANHANG

Wie konnten die Revisionisten in der sozialistischen Sowjetunion die Macht in der Kommunistischen Partei erlangen und den Kapitalismus restaurieren?

Bei der Diskussion über die Entwicklung der Sowjetunion geht es nicht nur darum, zu Recht nachzuweisen, dass unter Gorbatschow und Jelzin nur die revisionistischen Formen abgestreift wurden, der konterrevolutionäre Inhalt sich aber schon seit Jahrzehnten stabilisiert hatte. Tiefergehend geht es darum, vor allem anhand der stärksten und am längsten existierenden sozialistischen Bastion der proletarischen Weltrevolution, nämlich der sozialistischen Sowjetunion zur Zeit Lenins und Stalins, zu verstehen, wie in diesem Land die Konterrevolution in revisionistischer Form siegen konnte.

Wir können hier nur knapp zusammenfassen, was unsere Position zu dieser komplizierten und für die Perspektive und Entwicklung wirklich kommunistischer Kräfte entscheidend wichtigen Frage ist.

- Unser Ausgangspunkt bei der Analyse der historischen Erfahrungen des ersten proletarischen Staates ist das prinzipielle Verständnis, dass die Errichtung der Diktatur des Proletariats eben nicht das Ende des Klassenkampfes ist, sondern die Fortsetzung des Klassenkampfes unter neuen Bedingungen, ja die Verschärfung des Klassenkampfes bis zum Kommunismus.
- Die historische Erfahrung der sozialistischen Länder und ihre konterrevolutionäre Umwandlung in kapitalistische Länder hat gezeigt: Der Klassenkampf spiegelt sich vor allem auch in der Kommunistischen Partei wider. Der Kampf gegen die revisionistische Zersetzung der Kommunistischen Partei muss in dem Bewusstsein geführt werden, dass der entscheidende Hebel für die Restauration des Kapitalismus die Zerstörung des revolutionären Charakters der Kommunistischen Partei ist. Die Revisionisten in der Kommunistischen Partei und innerhalb des Staatsapparats übernahmen die Kommandohöhen der Wirtschaft und des Staates und verwandelten das sozialistische Eigentum in das Eigentum einer Klasse der „neuen Bourgeoisie“. Das richtige Verständnis dieser Fragen ist ausschlaggebend, um die revisionistische Umwandlung sozialistischer in kapitalistische Länder erfolgreich zu bekämpfen. Insofern ist der Kampf gegen alle revisionistischen Tendenzen und Kräfte innerhalb der Kommunistischen Partei entscheidend.

Die Restauration des Kapitalismus in der UdSSR war aber keinesfalls zwangsläufig und unvermeidbar, ist eben nicht die zwangsläufige Folge des Aufbaus des Sozialismus und Kommunismus, wie es die imperialistischen Demagogen triumphierend in allen Medien verkünden.

Wie war dann aber dieser riesige Rückschlag, diese verheerende Niederlage möglich? Welche Ursachen, welche tiefergehenden Gründe gab es dafür? Welches Gewicht haben welche Gründe aus den verschiedensten Bereichen, ökonomische, politische, ideologische Gründe? Der Generationswechsel nach 40 Jahren? Die Verluste vieler hervorragender Kader, die im Kampf gegen die Nazi-Faschisten gefallen sind? Oder haben nicht vielleicht doch Fehler Stalins oder gar seine Linie und Politik ausschlaggebendes Gewicht?

Nach der Niederlage der bürgerlichen Revolution 1848–1849 in Deutschland schrieb Friedrich Engels:

„wenn man aber nach der Ursache der Erfolge der Konterrevolution forscht, so erhält man von allen Seiten die bequeme Antwort, Herr X oder Bürger Y habe das Volk ‚verraten‘. Diese Antwort mag zutreffen oder auch nicht, je nach den Umständen, aber unter keinen Umständen erklärt sie auch nur das Geringste, ja sie macht nicht einmal verständlich, wie es kam, dass das ‚Volk‘ sich derart verraten ließ.“¹

Selbstverständlich unter gänzlich anderen historischen Bedingungen – 1848 war die Epoche des Imperialismus und der proletarischen Revolution noch nicht angebrochen, es gab noch keine siegreiche revolutionäre Kommunistische Partei, das „Manifest der Kommunistischen Partei“ war von Karl Marx und Friedrich Engels gerade erst geschrieben worden – trifft Engels auch für die Debatte über die konterrevolutionäre Umwandlung der Sowjetunion den Punkt, ja wir müssen ihn sogar noch besonders hervorheben und ausdrücklich betonen und erklären, „wie es kam, dass das ‚Volk‘ sich verraten ließ“.

Diese Frage ist in der Sowjetunion der Jahre 1953 bis 1956 um so berechtigter (gegenüber der Lage in Deutschland 1848), da hier fast 40 Jahre lang die Kommunistische Partei an der Spitze der Staatsmacht der Diktatur des Proletariats eine gigantische Erziehungsarbeit innerhalb der Arbeiterklasse und bei den breiten Volksmassen auf dem Land geleistet hatte, wie sie in der Menschheitsgeschichte noch nie da gewesen war.

Ganz eindeutig ist, dass Chruschtschow und viele andere „Verräter“ waren. Diese Antwort trifft zu, ist auch nicht einerlei, sondern wichtig. Aber sie klärt ganz und gar nicht die Frage, wieso auf lange Sicht „das ‚Volk‘ sich verraten ließ“.

Die Gründe hierfür können keinesfalls nur in der Zeitspanne nach dem Tod Stalins gesucht werden. Nach dem Tod Stalins änderte sich in der Führung der KPdSU das „Hauptquartier“, die Linie wurde spätestens nach dem XX. Parteitag als revisionistisch besiegt. Dass dagegen der Widerstand nicht zum lang andauernden Bürgerkrieg führte, es zu keiner Spaltung der Kommunistischen Partei kam, der existierende Widerstand relativ rasch niedergeschlagen werden konnte – das ist das entscheidende Problem.

¹ Engels: „Revolution und Konterrevolution in Deutschland“, 1851–1852, Marx/Engels Werke Band 8, S. 6.

Die gewaltsame Unterdrückung des Widerstands der besten und der Sache des Kommunismus ergebensten proletarischen Kräfte, die umfangreichen konterrevolutionären Parteisäuberungen, die Anwendung von Methoden des faschistischen Terrors, ja der physischen Vernichtung der gegen die Strömung mutig ankämpfenden revolutionären Kräfte reicht allein zweifellos nicht aus, das zu erklären, zumal es sich um Mittel handelt, die erst nach dem Sieg der revisionistischen Linie und nach der direkten Machtübernahme der konterrevolutionären Elemente in breitem Umfang eingesetzt werden konnten.

„*Niemand und nichts kann uns zu Fall bringen außer unseren eigenen Fehlern*“² schrieb Lenin schon 1921, nach dem Sieg der Oktoberrevolution. Die Oktoberrevolution wurde „zu Fall gebracht“ – um welche Fehler handelt es sich?

Es liegt nahe und ist auch berechtigt, nach der Linie Stalins zu fragen, genauer nach der Linie und der theoretischen Fundierung durch die KPdSU(B). Keine Genossin und kein Genosse darf dieser Frage ausweichen.

Unsere Antwort ist aufgrund unseres Studiums eindeutig, auch wenn sie noch genauer, präziser und überzeugender werden muss: Wir haben gründlich die Linie der KPdSU(B) und die Werke des Genossen Stalin studiert und sind der Meinung, dass hier, auf diesem Gebiet, nicht die Gründe für den Sieg der Konterrevolution zu finden sind. Denn:

■ Die KPdSU(B) hatte *eine grundlegend korrekte Generallinie*, die es ermöglichte, Fehler und Abweichungen zu bekämpfen und zu korrigieren.

Wer die Dokumente liest, kann bestätigen, dass tatsächlich ein sehr konkreter Kampf gegen Bürokratismus, für die innerparteiliche Demokratie, für schonungslose Kritik und Selbstkritik geführt wurde, gerade auch in einer Zeit wie den 30er Jahren, die von den Antikommunisten und Antistalinisten besonders verteufelt wird.

■ Wenn überhaupt jemand entschlossen und unermüdlich *gegen die aufkommende revisionistische Strömung* in der KPdSU(B) und in der kommunistischen Weltbewegung nach 1945 angekämpft hat, dann war das in erster Linie Stalin. Das zu ignorieren würde bedeuten, die klassenmäßige Front zwischen revisionistischem Verrat und möglichen Fehlern der großen Lehrmeister des Kommunismus zu verschwischen. Heute kann jeder die Werke des Kampfes gegen den Tito-Revisionismus, gegen die aufkommenden revisionistischen Tendenzen in der KPdSU(B) in „Fragen der Sprachwissenschaft“ (1950), in „Ökonomische Probleme des Sozialismus in der UdSSR“ (1952) studieren, um sich davon zu überzeugen, dass alle Pseudomarxisten völlig im Unrecht sind, die Stalin als „Wegbereiter des Revisionismus“ darstellen. Dies sind Verleumdungen, und Verleumdungen müssen gebrandmarkt und nicht diskutiert werden.

Stalin hat in seinem Werk grundsätzlich und tiefgehend die fundamentale Frage der Fortsetzung des Klassenkampfes unter der Diktatur des Proletariats sowie die Frage der Möglichkeit der konterrevolutionären Verbürgerlichung der Kader und

² Lenin: „II. Gesamt russischer Verbandstag der Bergarbeiter“, 1921, Werke Band 32, S. 44.

der Kommunistischen Partei und des notwendigen Kampfes dagegen analysiert und diese richtig beantwortet.

Unserer Meinung nach liegt die Ursache für das Anwachsen des Revisionismus auch in der Zeitspanne vor dem Tod Stalins gerade in der ungenügenden Propagierung und Anwendung der grundlegenden Lehren des wissenschaftlichen Kommunismus über die Diktatur des Proletariats, über die Kommunistische Partei, die Rolle der Kader und der Massen usw. Die ungenügende, nicht wirklich tiefgehende Aneignung der richtigen Linie Lenins und Stalins durch die guten und ehrlichen Genossinnen und Genossen ist der springende Punkt, wollen wir nicht bei der bloßen Anprangerung einiger revisionistischer Verräter stehen bleiben. Dies zeigt die konterrevolutionäre Entwicklung nach dem Tod Stalins unwiderlegbar.

Unserer Meinung nach muss die Analyse vor allem an folgenden Fragenkomplexen ansetzen.³

■ ***Die ideologische, theoretische und politische Erziehung gegen Spießertum:*** Von außerordentlicher Bedeutung war, dass Stalin in seinem Rechenschaftsbericht an den XVIII. Parteitag der KPdSU(B) 1939 die eindringliche Mahnung an die gesamte Partei richtete, dass sämtliche Erfolge auf allen anderen Gebieten gefährdet sind und zunichte gemacht werden können, wenn die kommunistische Erziehung der Partiekader, ihr ideologisches und theoretisches Niveau nachlässt.

Die riesige militärische und auch wirtschaftliche Anspannung aller Kräfte im Zweiten Weltkrieg, um den Sieg über den Nazi-Faschismus zu erringen, in dem unzählige hervorragende Kommunistinnen und Kommunisten gefallen sind, sowie dann auch der Kampf für den raschen Wiederaufbau des in weiten Teilen völlig zerstörten Landes hat die ideologische Arbeit der Kommunistischen Partei vor große Probleme gestellt. Die damit verbundenen Mängel der ideologischen Arbeit wurden etwa auf dem letzten Parteitag zu Lebzeiten Stalins 1952 deutlich benannt und diesen wurde auch der Kampf angesagt.

Unserer Meinung nach muss dennoch die Frage gestellt werden, ob nicht Stalin und die Bolschewiki in der KPdSU(B) insbesondere in dessen letzten Lebensjahren in verschiedenen Schriften und Dokumenten sowie in der tagtäglichen ideologischen Erziehung deutlicher, eindeutiger und umfassender – anknüpfend an die prinzipiellen Analysen im Kampf gegen opportunistische Strömungen in den 30er Jahren – die grundlegenden Lehren des wissenschaftlichen Kommunismus über die Diktatur des Proletariats, über die Rolle der Kommunistischen Partei, über den sich verschärfenden Klassenkampf und seine Gesetzmäßigkeiten gerade nach dem erfolgreichen Aufbau des Sozialismus hätte propagieren und anwenden müssen. Denn es zeigte sich, dass nach dem Sieg über Trotzkisten und Bucharinleute, nach der Schaffung sozialistischer Produktionsverhältnisse, und nach dem Sieg im antifaschistischen Krieg die großen Lehren über den sich verschärfenden Klassenkampf und den innerparteilichen Kampf sowie die Gefahr einer konterrevolutionären

³ Vgl. dazu ausführlicher: Autorenkollektiv, „Zur ‚Polemik‘ – Die revisionistische Linie des XX. Parteitags der KPdSU (1956) und die grundlegenden Fehler der berechtigten Kritik der KP Chinas (1963)“, Offenbach 2003.

ren Entwicklung der KPdSU(B) unter den Parteikadern nicht so bewusst waren, wie es nötig gewesen wäre, um den Chruschtschow-Revisionismus zu besiegen. Die Gefahr, dass durch den Revisionismus alles verloren gehen konnte, dass es im verschärften Klassenkampf immer noch um die Machtfrage ging – dieses Bewusstsein war in dieser Zeitspanne sicherlich nicht ausreichend in der Partei und unter den Arbeiterinnen und Arbeitern verankert.

In seiner Schrift „Ökonomische Probleme des Sozialismus in der UdSSR“ von 1952 warf Stalin auch das lebenswichtige Problem der Heranbildung von *revolutionären Nachfolgerinnen und Nachfolgern* auf, die den von der älteren Generation der Kommunistinnen und Kommunisten begonnenen Kampf für den Kommunismus fortsetzen können. Da gab es offenbar erhebliche Probleme, sonst hätte es Stalin wohl kaum für nötig gehalten, festzustellen, dass vielen jungen Kadern eine ausreichende marxistische Bildung und Bewusstsein fehlte. Es ist klar, dass dies ein günstiger Nährboden für die Chruschtschow-Revisionisten war und dazu beitrug, dass der Revisionismus nicht zurückgeschlagen wurde. Dies bedeutet, dass in der Zeitspanne vor dem Machtantritt der modernen Revisionisten, d. h. zu Lebzeiten Stalins, nicht genügend Kader herangebildet wurden, die sich danach als fähig erwiesen hätten, dem revisionistischen Verrat wirkungsvoll entgegenzutreten.

■ **Kritik und Selbtkritik, Massenlinie, Kontrolle „von oben“ und gerade auch „von unten“, Kampf gegen „kommunistische“ Bürokraten, gegen Bürokratismus und Liberalismus:** Das sind äußerst wichtige Bereiche, ohne deren kommunistisches Verständnis und Anwendung es keine Festigung der Diktatur des Proletariats, kein Vorankommen beim Aufbau des Sozialismus geben kann. Anhand der zahlreichen Schriften Stalins zu diesen Fragen kann sich jede und jeder davon überzeugen, dass Stalin – aufbauend auf den Lehren Lenins darüber – sehr korrekte Richtlinien entwickelt hat. Die Tatsache, dass sich Stalin praktisch in der gesamten Zeit, in der er an der Spitze der KPdSU(B) stand, immer wieder sehr scharf gegen die „kommunistischen“ Bürokraten, gegen die Unterdrückung von Kritik äußerte, macht deutlich, dass es da teilweise wirklich nicht rosig aussah. So hatte Stalin 1937 in seiner Rede „Über die Mängel der Parteiarbeit und die Maßnahmen zur Liquidierung der trotzkistischen und sonstigen Doppelzungler“ ganz erhebliche bürokratisch-opportunistische Mängel bei der Auswahl der Kader festgestellt.

Auch in dem Bericht Shdanows auf dem XVIII. Parteitag der KPdSU(B) im Jahr 1939 wird eine Fülle von konkreten Belegen für geradezu erschreckende Vorgänge von bürokratischer Willkür und Unterdrückung von Kritik gegeben.⁴ Es kann nicht darum gehen, dies zu beschönigen. Wir legen jedoch größten Wert auf die Feststellung, dass dagegen auch ein wirklich entschlossener Kampf geführt wurde und enorme Erfolge erzielt wurden. Die überwältigende Mehrheit der Arbeiterklasse und der werktätigen Bauernschaft konnte für den sozialistischen Aufbau mobilisiert und begeistert werden. Bürgerlich-opportunistische und bürokratische Elemente, die sich dem Vormarsch zum sozialistischen Aufbau entgegenstellten, wur-

⁴ Siehe A. Shdanow: „Abänderungen am Statut der KPdSU(B), Bericht auf dem XVIII. Parteitag der KPdSU(B) am 18. März 1939“, Berlin 1950.

den unerbittlich beiseite gedrängt und bekamen die Diktatur des Proletariats zu spüren.

Auch nach dem Sieg im antifaschistischen Weltkrieg wurde in der KPdSU(B) der Kampf gegen aufkommende rechtsopportunistische Auffassungen und bürokratische Entstellungen geführt. Dies zeigt auch noch der XIX. Parteitag im Jahr 1952, der zum Beispiel scharf die Tendenzen verurteilt, die Selbstkritik und Kritik von unten zu sabotieren.

Nach Stalins Tod 1953 wurde der Kampf gegen diese Mängel nicht mehr so geführt, wie es notwendig gewesen wäre. Statt dessen verstanden es die revisionistischen Bürokraten in der Parteiführung, die modernen Revisionisten mit Chruschtschow und Breschnew an der Spitze, auch diese Mängel für ihre Zwecke auszunutzen, um die gesamte Parteiführung an sich zu reißen.

■ ***Die Frage der revolutionären kontra der revisionistischen Disziplin:*** Wie konnte es geschehen, dass der revisionistische Verrat durchkommen konnte, dass der Widerstand der Parteimitglieder und der Arbeiterklasse nicht zur Lawine anwuchs, welche die revisionistischen Cliques zerschmetterte? Ein wesentliches Moment, das eine gewisse Erklärung, eine teilweise Antwort auf diese umfangreiche Frage gibt, besteht in der Tatsache der schrittweisen Entleerung der Disziplin, die mehr und mehr als eine Frage betrachtet wurde, die unabhängig vom Inhalt, von der ideologischen und politischen Linie gestellt werden kann. Solche Auffassungen müssen in der Praxis der Sowjetunion ebenso vorhanden gewesen sein wie die falsche Gewöhnung daran, der Führung mehr oder weniger kritiklos zu vertrauen, sie nicht aufgrund ihrer Worte und Taten umfassend zu kontrollieren.

Wenn nun an die Stelle einer kommunistischen Führung, die solche Tendenzen prinzipienfest bekämpft, wie damals in der Sowjetunion Stalin, Shdanow, Kalinin u. a., eine revisionistische Führung tritt, die solche Tendenzen massiv fördert, so beginnt damit unvermeidlich eine konterrevolutionäre Kettenreaktion, in deren Verlauf die bewusste proletarische Disziplin in blinden Gehorsam umschlägt und so zu einem entscheidenden Hebel wird, den revisionistischen Kurs der ganzen Partei, den Massen der Arbeiterklasse und Werktätigen von oben bis unten aufzuwringen und jeden Widerstand dagegen mit den Mitteln der administrativen, bürokratischen, staatlichen Gewalt niederzuschlagen, wodurch sich die Diktatur des Proletariats schließlich zu einer konterrevolutionären Diktatur der neuen Bourgeoisie verkehrt.

Für völlig falsch halten wir es jedoch, wenn manche einen Schluss folgender Art ziehen: „Wenn sich die Chruschtschow-Revisionisten 1956 so relativ leicht durchsetzen könnten, dann kann es vorher auch nicht viel besser gewesen sein.“

Mit einer solchen Theorie (die dann auch bis zu Lenin und zu Marx und Engels zurück verlängert werden kann) wird der qualitative Charakter des Einschnitts bestritten, den der Machtantritt der Chruschtschow-Revisionisten darstellt. Dieser Einschnitt hat das Entscheidende geändert, nämlich den Charakter der Partei und der Staatsmacht. Die Revisionisten und die Konterrevolution überhaupt kamen zu Lebzeiten von Lenin und Stalin eben nicht durch, wurden von einer Kommunisti-

schen Partei und einem klassenbewussten Proletariat, das die Macht in Händen hielt, energisch bekämpft, so dass der Sozialismus aufgebaut werden konnte und tatsächlich auch aufgebaut wurde. Noch nie in der Geschichte waren die Arbeiterrinnen und Arbeiter im Kampf für die Beseitigung der kapitalistischen Ausbeutung so weit gekommen. Noch nie wurde so lange und mit solcher Klarheit der Kampf für die klassenlose kommunistische Gesellschaft geführt. Dass dies seit Mitte der 50er Jahre nicht mehr weitergeführt werden konnte, war eine wirkliche Niederlage im Klassenkampf. Hier wurden die bisher größten Errungenschaften in der Menschheitsgeschichte wirklich vernichtet.

Grundsätzlich ist es ganz und gar nicht so, wie es seinerzeit SED-Generalsekretär Honecker behauptete: „Den Sozialismus in seinem Lauf hält weder Ochs noch Esel auf.“ Vielmehr hängt die Existenz der Diktatur des Proletariats und damit auch die Existenz des Sozialismus immer davon ab, dass sich in all den ideologischen und politischen Kämpfen die kommunistische Linie und Politik durchsetzt. Der Ausgang dieser Kämpfe war auch zu Lebzeiten Lenins keineswegs so sicher, wie das vielleicht im nachhinein erscheint. Erinnert sei nur an die Situation vor dem Abschluss des Vertrags von Brest-Litowsk zwischen der jungen Sowjetmacht und Deutschland im Jahr 1918, als die Sowjetmacht vor allem aufgrund der kleinbürgerlichen und opportunistischen Sabotage an einem seidenen Faden hing und Lenin sogar mit seinem Rücktritt drohen musste! Auch die Kämpfe der KPdSU(B) gegen die opportunistische „Opposition“, die jahrelang offen und öffentlich ausgetragen wurden, waren dem Wesen nach Kämpfe auf Leben und Tod. Die Durchsetzung der Linie Trotzkis oder Bucharins hätte den Sturz der Diktatur des Proletariats zur Folge gehabt.

In diesem schärfsten Klassenkampf zwischen Revolution und Konterrevolution war natürlich auch der Tod eines so herausragenden führenden kommunistischen Kaders wie Stalin ein Faktor von erheblichem Gewicht, zumal eben kein Nachfolger da war, der diesen Verlust auch nur halbwegs auffangen konnte. Das Hassgeheul der Chruschtschow-Revisionisten gegen Stalin bestätigt negativ, in welch starkem Ausmaß er zu seinen Lebzeiten ein Hindernis für die Durchsetzung der revisionistischen Konterrevolution war.

Das Lernen aus dem gigantischen Lebenswerk Stalins ist und bleibt dagegen für die kommunistischen Kräfte aller Länder eine entscheidende Waffe im Kampf für den Neuaufbau wirklich kommunistischer Parteien, die – revolutionär gegen die Bourgeoisie und unversöhnlich gegenüber jeglichem Opportunismus und Revisionsismus – für den Sieg der gewaltigen sozialistischen Revolution, für die Diktatur des Proletariats und die sozialistische Demokratie, für den Sieg des Kommunismus kämpfen.

(Auszug aus „Rot Front“ Nr. 16/17, Januar 2004: „J. W. Stalin – Ein kurzer Abriss seines Lebens und Wirkens“, S. 382–391)

PROLETARIER ALLER LÄNDER, VEREINIGT EUCH!
PROLETARIER ALLER LÄNDER UND UNTERDRÜCKTE VÖLKER, VEREINIGT EUCH!

GEGEN DIE STRÖMUNG



Organ für den Aufbau der Revolutionären Kommunistischen Partei Deutschlands

Oktober 2007

10 Euro

Politische Stellungnahmen 2005 - 2006

Zu Themen und Fragen
des revolutionären Kampfes
und des wissenschaftlichen Kommunismus
in

*Flugblättern und Plakaten von
Gegen die Strömung*

*Diskussionsbeiträge
zu den Flugblättern und Plakaten*

Flugblätter 2006/2007 von
GEGEN DIE STRÖMUNG
Organ für den Aufbau der
Revolutionären Kommunistischen Partei Deutschlands

2006

**„Manifest der Kommunistischen Partei“ von K. Marx und F. Engels (12/05–1/06, Dezember 2005–Januar 2006) 10 DIN A3 Seiten + Beilage: Roter Presse-
spiegel Nr. 5/05**

**AEG, Häfen, Gate Gourmet: Die Streiks der Arbeiterinnen und Arbeiter unter-
stützen (2/06, Februar 2006) 4 DIN A3 Seiten**

**Gegen die Leugnung des Nazi-Völkermords an den europäischen Juden durch den
iranischen Staatspräsidenten, gegen die Aggression des US-Imperialismus und vor
allem gegen den deutschen Imperialismus: Unterstützen wir die revolutionären
Kräfte im Iran! (3/06, März 2006) 4 DIN A3 Seiten + Beilage: Roter Pressespiegel
Nr. 6/05**

**Gegen deutsch-chauvinistische Überheblichkeit: Die Spaltung unter den Arbei-
terinnen und Arbeitern ist das „Geheimnis der Machterhaltung der Kapitalis-
tenklasse“ (Marx) (4/06, April 2006) 6 DIN A3 Seiten**

**Unterstützen wir die massenhaften und zum Teil bewaffnet geführten Klas-
senkämpfe der werktätigen und ausgebeuteten Massen in Indien! (5–6/06,
Mai–Juni 2006) 8 DIN A3 Seiten + Beilage: Roter Pressespiegel 1/06**

**Aktuelle Aspekte von Lenins Schrift „Materialismus und Empiriokritizismus“, ge-
gen die Philosophie der Lügner „Es gibt keine Wahrheit“: Wissen statt Glauben
(7–8/06, Juli–August 2006) 6 DIN A3 Seiten + Beilagen: Grundlegende Aufgaben
der theoretischen Arbeit und Roter Pressespiegel 2/06**

**Von der Unterstützung pro-imperialistischer reaktionärer bewaffneter Milizen zur
direkten militärischen Intervention: Der deutsche Imperialismus schickt seine
Bundeswehr-Soldaten in kolonialistischer Manier in den Kongo (9–10/06, Sep-
tember–Oktober 2006) 6 DIN A3 Seiten + Beilage: Roter Pressespiegel 3/06**

**60 Jahre „Urteil von Nürnberg“: Die weltgeschichtliche Bedeutung des Nürn-
berger Prozesses verteidigen! (11–12/06, November–Dezember 2006) 6 DIN A3
Seiten + Beilage: Roter Pressespiegel 4/06**

2007

Der reaktionäre § 175 und der Nazi-Faschismus. Gegen jegliche Hetze und Diskriminierung gleichgeschlechtlicher Menschen! (1/07, Januar 2007) 8 DIN A4 Seiten

Aufruf an die kommunistisch orientierten Kräfte, die Schriften Lenins „Renegat Kautsky“ und „Kinderkrankheit im Kommunismus“ zu Studieren! Die Mehrheit der Arbeiterinnen und Arbeiter (2–3/07, Februar–März 2007) 6 DIN A3 Seiten + Beilage: Roter Pressespiegel 6/06

Das Schlagwort vom „Neoliberalismus“ verschleiert die Verstärkung des bürgerlichen Staatsapparats und die verschärfte Faschisierung! Das Schlagwort vom „Neoliberalismus“ (4/07, April 2007) 2 DIN A3 Seiten

Das Schlagwort von der „Globalisierung“ verschleiert die Existenz und die Kriegsvorbereitungen des deutschen Imperialismus: Das Geschwätz von der „Globalisierung“ (5/07, Mai 2007), 2 DIN A4 Seiten

Ein Beitrag zur Debatte über die Vorgänge in Rostock und danach: Warum die militärischen Kämpfe in Rostock vom 2. Juni einiges zur Klärung beitragen (6/07, Juni 2007) 2 DIN A4 Seiten

Eine notwendige Diskussion: Über die sogenannte „Gewaltfrage“ (7–8/07, Juli–August 2007) 4 DIN A3 Seiten

90 Jahre Sieg der sozialistischen Oktoberrevolution in Russland: Der siegreiche bewaffnete Aufstand des Proletariats gegen die Bourgeoisie (9–10/07, September–Oktober 2007) 8 DIN A3 Seiten + Beilage: „Die Tricks und Spekulationen der modernen Revisionisten mit einer angeblich möglichen ‚friedlichen Entwicklung‘ zum Sozialismus in Rußland 1917“



Erhältlich gegen Porto bei:

**Buchladen Georgi Dimitroff, Speyerer Str. 23, 60327 Frankfurt/M.
Fax: 069/730920**

**Dokumente der 3. Parteikonferenz
von "Gegen die Strömung" (2004)**

Prüfsteine

**Programmatische Grundsatzklärung:
Für die sozialistische Revolution, die Diktatur des Proletariats
und den Kommunismus**

Programmatische Dokumente (Thesen):

- I. Proletarischer Internationalismus und die proletarische Weltrevolution
- II. Tod dem deutschen Imperialismus, Militarismus und Revanchismus!
- III. Der grundlegende Weg der sozialistischen Revolution im imperialistischen Deutschland
- IV. Der Kampf gegen den modernen Revisionismus
- V. Die Notwendigkeit der Kommunistischen Partei und prinzipielle Fragen ihres Aufbaus

**Grußadresse an die am wissenschaftlichen Kommunismus
orientierten Kräfte der ganzen Welt**



198 Seiten, DIN A5, erhältlich gegen 5 Euro + Porto bei:
Buchladen Georgi Dimitroff, Speyerer Str. 23, 60327 Frankfurt/M.
Fax: 069/730920

Direktvertrieb über:

Buchladen Georgi Dimitroff,
Speyerer Str. 23,
60327 Frankfurt/Main, Fax 069/730920

PROLETARIER ALLER LÄNDER, VEREINIGT EUCH!
PROLETARIER ALLER LÄNDER UND UNTERDRÜCKTE VÖLKER, VEREINIGT EUCH!

GEGEN DIE STRÖMUNG



Organ für den Aufbau der Revolutionären Kommunistischen Partei Deutschlands

Preis: 1 €

Drucker, Herausgeber und verantwortlicher Redakteur:
J. Strütt, Osnabrücker Str. 26, 10589 Berlin